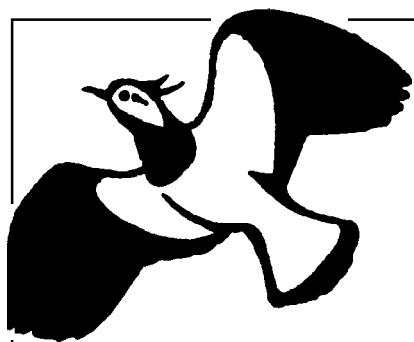




2 / 92

Der Kiebitz

Zeitschrift der Arbeitsgemeinschaften Natur + Umwelt Bad Lauchstädt und Haan



AGNUL

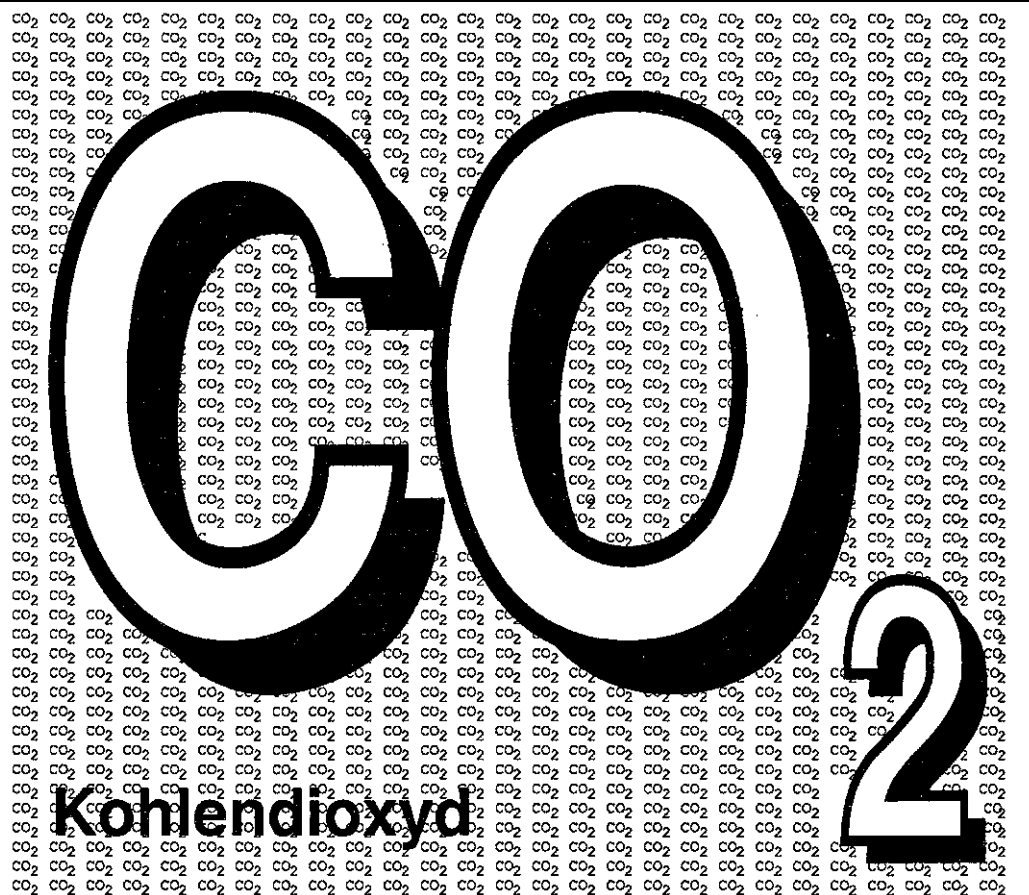
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland - BUND

Naturschutzbund Deutschland - NABU

Bergischer Naturschutzverein - RBN



AGNU Haan



Kohlendioxid

2

Und: Wasser in Gärten * Müll * Laubsänger * Schöllkraut * Bürgerantrag *
Hamburger Wurmbank * Aktionstag '92* und vieles mehr

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
Wasserförderung in Griten	2	Termine und Kontakte	20
Was kostet der Klimaschutz?	4	Müll in Sachsen-Anhalt	22
Schwerpunktthema CO ₂	6	Leiter des Amtes für Abfallwirtschaft und	
Die CO ₂ -Sünder	7	Altlastensanierung im Dezernat Umwelt des	
Gefährdung der Ozonschicht	9	Landratsamtes Merseburg bei der AGNUL 23	
terre des hommes	10	Und noch einmal: Der Grüne Punkt	25
Öffentlicher Personennahverkehr	11	Naturreiner Humus aus Abfall	26
Das unsoziale Auto?	11	... und noch etwas zur Müllreduzierung	27
Verkehrsausschuß	12	Aus den Ausschüssen / ULG	28
Wer soll das bezahlen?	12	Arbeitsverteilung	31
Flächennutzungsplan	13	Aus dem Leben eines Bürgerantrags	32
Kopfweidenschnitt	14	Eingabe zum Verkehrsverbund	34
Aktionstag '92: Reinigung der Haaner Bach-		Die (un)heimlichen Verbraucher	36
täler	15	Stichwort: Atomkraft	37
Heckenrodung	15	Was war sonst noch?	37
Fitis und Zilpzalp	16	Impressum	39
Ein Artikel im Haaner Trefft	17	Aufnahme-Antrag	40
Das Schöllkraut	18	AG Natur + Umwelt Haan (AGNU)	40

Wasserförderung in Griten

(fw) Wie im letzten Kiebitz berichtetet, wird derzeit in Griten Wasser gefördert, ohne daß hierzu Schutzzonen bestehen. Deshalb stellten wir an die vier im Rat vertretenen Parteien CDU, FDP, GAL und SPD sowie an den Stadtdirektor folgende Fragen. Für die FDP antwortete Dr. Obermeier und für die SPD Hr. Pohler, beide ULG-Mitglieder (CDU und GAL antworteten leider nicht.):

Kiebitz: Bedeutet die Tatsache, daß derzeit keine Wasserschutzzonen in Griten bestehen, daß die ringsum befindliche Landwirtschaft bisher auf diese Förderung keine Rücksicht nahm und auch nicht nehmen mußte?

Stadtdirektor: Die gute Qualität des aus der Quelle an der Vohwinkeler Straße geförderten Rohwassers, die ständig durch Analysen eines anerkannten Labors überprüft wird, ist bisher durch die fehlenden Auflagen einer Wasserschutzzonengebietsordnung für die im

Wassereinzugsgebiet tätigen Landwirte nicht beeinträchtigt gewesen. Deshalb kann davon ausgegangen werden, daß die Landwirte bis heute verantwortungsbewußt mit Düngung und dem Einsatz von Pflanzenbehandlungs- und Schädlingsbekämpfungsmitteln (PSBM) umgehen, zumal die Nitratgehalte der Analysen von ca. 20 mg/l weit unter dem Grenzwert von 50 mg/l liegen. Pestizide und Kohlenwasserstoffe wurden nicht nachgewiesen.

FDP: Seit 1945/46 ist die Trinkwasserverordnung im Bundesgesetzblatt verankert und wurde seitdem regelmäßig an neue Erkenntnisse zur Schadstoffuntersuchung und zu Grenzwerten, die mit neueren Meßmethoden nachgewiesen werden können, angepaßt (letzte Fassung vom 5.12.90). Dabei werden biologische, physikalische und chemische Untersuchungen gefordert. Bei Überschreiten der Grenzwerte oder Bekanntwerden von Belastungen muß unmittelbar das Gesundheitsamt informiert werden. Eine derartige Mitteilung ist

uns bisher nicht bekannt. Dies zeigt, daß die im Umkreis vorhandene Landwirtschaft bisher die Trinkwasserqualität des Gruitener Brunnen nicht beeinflusste.

Kiebitz: Ist die Vohwinkeler Straße, die unmittelbar an der Förderstelle vorbeigeht, nicht entsprechend der Wasserschutzzone I ausgebaut, weil hierfür ja auch keine rechtliche Veranlassung bestand?

Stadtdirektor: Die Wasserförderungsanlage Vohwinkler Straße existiert in der Zuständigkeit der Gemeinde Gruiten bereits seit 1937 und war bis dahin in privater Hand. Der nahe der Vohwinkeler Straße liegende Brunnen ist der ältere, der früher durch die geringere Verkehrsbelastung der Vohwinkeler Straße nicht als gefährdet angesehen wurde. Die Stadt Haan hat wegen der mittlerweile gestiegenen Verkehrsbelastung bereits 1986 als zusätzliche Sicherung der Quelfassung in Abstimmung mit den zuständigen Behörden folgende Maßnahmen durchgeführt:

- Verlängerung der Leitplanken
- Anschüttung eines Erdwalles
- Durchfahrtsverbot für Fahrzeuge mit wassergefährdenden Stoffen
- Geschwindigkeitsbegrenzung auf 50 km/h.

Der Wasserrechtsantrag sieht als Brunnenstandort eine weiter zurückliegende Stelle vor. Die jetzige Quelle soll dann wegen einer nicht gänzlich auszuschließenden Gefährdung durch die Vohwinkeler Straße nach Inbetriebnahme des neuen Brunnens geschlossen werden.

FDP: In wie weit die Vohwinkeler Straße rechtlich entsprechend Wasserschutzzone I ausgebaut werden muß, sollte von Verwaltungsjuristen geprüft werden. Das Ausmaß der Gefährdung des Brunnens durch den Verkehr ist sicher nicht exakt zu bestimmen und daher spekulativ. Welche (Bau-)Maßnahmen zur Absicherung ergriffen werden können, muß geprüft werden.

Kiebitz: Warum erlangte der Schutzzonen-

entwurf von 1954 denn niemals Rechtskraft?

Stadtdirektor: Der Schutzzonenentwurf von 1954 basiert auf den damals bekannten geologischen Kenntnissen. Daß er sich als weitgehend zutreffend erwiesen hat, beweist der jetzige Wasserschutzplan. Offensichtlich bestand 1954 noch nicht der Zwang, einem Wasserrecht das Schutzzonenverfahren folgen zu lassen. Nicht auszuschließen ist, daß auch finanzielle Gründe z.B. wegen der erforderlichen Aufschlußbohrungen eine Rolle gespielt haben. Aus den übernommenen Gruitener Akten sind jedenfalls keine konkreten Gründe für die Aufgabe des Wasserschutzzoneverfahrens zu entnehmen.

FDP: Der Grund zur nicht durchgesetzten Rechtskraft des Schutzzonenentwurfs von 1954 konnte von uns retrospektiv in der Kürze der Zeit zwischen Ihrer Anfrage und Redaktionsschluß nicht ermittelt werden.

Kiebitz: Hätte man den heutigen Streit zwischen Wuppertal und Haan vermeiden können, wenn rechtskräftige Wasserschutzpläne schon für die bestehende Förderung bestehen würden?

Stadtdirektor: Diese Frage kann ich in der Rückschau nicht eindeutig beantworten.

FDP: Ob eine frühere Rechtsverbindlichkeit einer Wasserschutzzone den heutigen hoch emotionalen Streit vermieden hätte, ist ebenfalls spekulativ.

SPD: Die SPD-Fraktion hat sich im Rahmen der gestztlichen Möglichkeiten für die Einrichtung von Wasserschutzplänen eingesetzt und wird dies auch im laufenden Verfahren bezüglich Vohwinkler Straße tun. Hierbei muß beachtet werden, daß die Möglichkeiten einer Kommune gering sind, das Verfahren zu forcieren, da die Entscheidung bei Regierungspräsidenten liegt. Wir danken Ihnen in diesem Zusammenhang für die durch Ihre Fragen gegebenen Anregungen und denken, daß Sie hierauf Antwort seitens der Verwaltung erhalten haben.

Was kostet der Klimaschutz?

Ohne Hilfe für die Dritte Welt ist der Treibhauseffekt nicht zu verhindern / Von Günter Heismann / DIE ZEIT 13.12.94

Wohl kein ökologisches Problem bedarf so sehr der internationalen Zusammenarbeit wie der befürchtete Treibhauseffekt. Anders als andere Umweltschäden kann die Aufheizung des Weltklimas nicht im nationalen Alleingang bekämpft werden — jedes Land ist zugleich Täter und Opfer der Klimasünden anderer Nationen. Doch Einigkeit über die nötigen Maßnahmen zum Abbau der Treibhausgase, zuvorderst Kohlendioxid (CO₂), ist in der Völkergemeinschaft so bald nicht zu erwarten.

Die Vereinigten Staaten erkennen nur zögerlich an, daß überhaupt Handlungsbedarf besteht. Die Europäische Gemeinschaft hält eine Stabilisierung der Schadstoffemissionen auf dem Niveau von 1990 für ausreichend. Die Bonner Regierung hingegen wollte eigentlich den CO₂-Ausstoß bis zum Jahr 2005 um 25 bis 30 Prozent senken. Dem Weltklima-Panel IPCC, einem Zusammenschluß von 170 Klimaforschern unter der Ägide der Vereinten Nationen, wäre auch dies noch viel zu wenig: Um mindestens 60 Prozent müßten die Treibhausgase abgebaut werden, damit die drohende Warmzeit noch abgewendet werden kann.

In die Diskussion haben sich jetzt eine Reihe von Wirtschaftswissenschaftlern eingeschaltet. Sie versuchen zu ermitteln, welche Kosten die unterschiedlichen Ziele des Klimaschutzes weltweit verursachen werden, welche Maßnahmen den effizientesten Beitrag zur Stabilisierung der Atmosphäre versprechen und wie die Wirtschaft einzelner Länder und Regionen der Welt davon betroffen sein wird.

Als der Nationalökonom William D. Nordhaus von der amerikanischen Yale University der Frage nachging, wie teuer eine bestimmte Verminderung von Treibhausgasen ist, stieß er auf ein „überraschendes Ergebnis“: Eine mäßige Reduzierung der Klimagifte ist nahezu kostenfrei. Mit längst bekannter Technik kann der Kohlendioxidausstoß ohne wirtschaftliche Einbußen weltweit um zehn Prozent gesenkt werden: Die eingesparten Energiekosten machen die notwendigen Investitionen binnen kurzem wett.

Jenseits dieses bescheidenen Ziels steigen die gesamtwirtschaftlichen Kosten für Klimaschutz freilich steil an: Ein Abbau der Emissionen um 25 bis

30 Prozent (das Ziel der Bundesregierung) dürfte weltweit vierzig bis fünfzig Milliarden Dollar pro Jahr kosten. Sechzig Prozent weniger CO₂-Ausstoß (die Mindestforderung des Weltklima-Panels) schlagen jährlich mit über 300 Milliarden Dollar zu Buche. Das entspricht gut einem Prozent des heutigen Weltsozialprodukts. Je stärker der Treibhauseffekt gebremst werden soll, desto teurer kommt jede vermiedene Megatonne an Kohlendioxid: Bei einer Reduktion von 25 Prozent kostet eine Tonne fünfzehn Dollar; bei einer Verringerung um sechzig Prozent mehr als das Vierfache, über sechzig Dollar.

Der Grund für diesen Kostenverlauf ist der gewaltige Aufwand für Umstellungen, die zu einem durchschlagenden Erfolg beim Klimaschutz führen. Der private Verkehr müßte drastisch beschränkt werden; energiefressenden Industriezweigen — Stahl, Aluminium, Glas, Zement — droht das Aus. Und alternative Energien, etwa die Solarenergie, sind beim Preis noch lange nicht wettbewerbsfähig mit Kohle, Öl oder Erdgas.

Freilich: Nicht in allen Bereichen der Wirtschaft fällt der Energieentzug gleichermaßen schwer. Yale-Ökonom Nordhaus ist ebenfalls Mitverfasser einer großangelegten Untersuchung der amerikanischen National Academy of Sciences (NAS), in der die denkbaren Maßnahmen zum Klimaschutz erstmals auf ihre Kosteneffizienz geprüft werden. Für die Vereinigten Staaten, mit einem Fünftel aller Kohlendioxidemissionen größter Klimavergifter der Erde, untersuchte die NAS-Studie zehn Optionen, vom Energiesparen über das Verbot von Fluorkohlenwasserstoff-Treibgasen (FKKW) bis hin zur Umstellung der Stromerzeugung auf nichtfossile Energieträger. Dabei ergaben sich verblüffende Unterschiede:

Vier Bündel von Maßnahmen — bessere Isolierung von Wohn- und Geschäftsgebäuden, spritsparende Autos, effizientere Nutzung von Strom in der Industrie, Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs — würden per Saldo gar nichts kosten, sondern der Volkswirtschaft gar beträchtliche Wohlfahrtsgewinne beschern. Würden hier vorhandene und erprobte Technologien nur erschöpfend angewandt, ließe sich der Ausstoß von Treibhausgasen um 1,7 Milliarden Tonnen drücken — mehr als

Der Größenwahn der Erdenbürger zeigt sich in der Verwechslung von Welt und Erde.

Das Restrisiko wird mit Sicherheit der Menschheit den Rest geben.

Was kostet der Klimaschutz?

zwanzig Prozent aller Schadstoffemissionen, die die USA heute jährlich verursachen.

Zwar nicht kostenlos, doch verhältnismäßig billig wäre es, die Elektrizitätswerke konsequent auf Kraft-Wärme-Kopplung umzurüsten, das Ausströmen von Kohlendioxid aus Müllkippen zu unterbinden und das Treibhausgas FCKW sofort (und nicht erst zur Jahrtausendwende) durch umweltschonende Alternativen zu ersetzen. Am teuersten wäre es, die Erzeugung von Elektrizität auf alternative Energieträger umzustellen. Damit ließe sich, in ferner Zukunft, der Ausstoß von Kohlendioxid abermals um eine Milliarde senken. Der Neubau von Kraftwerken würde jedoch wohl bis zu achtzig Milliarden Dollar verschlingen.

Zu den sehr günstigen Ergebnissen für das Energiesparen kommt die NAS-Studie allerdings nur, weil sie für Klimaschutz-Investitionen eine lange Amortisationszeit voraussetzt, im Schnitt mehr als fünfzehn Jahre. Tatsächlich sind private und kommerzielle Energiekonsumenten jedoch nicht bereit, so lange zu warten, bis sich ihre Investitionen durch den gesunkenen Verbrauch rentieren. In den USA erwarten Hausbesitzer, daß sich Energiesparen in längstens zwei Jahren auszahlt; in der Industrie sind es drei Jahre. Deshalb muß politisch gehandelt werden. Das sehen auch die Autoren der NAS-Studie. Gleichwohl fließt ihnen das Wort „Klimasteuern“ nicht aus der Feder.

Wie Steuern auf Energie für effizienten Klimaschutz zu gestalten sind, untersuchten drei Experten der OECD. Am effizientesten ist es, den Kohlenstoffgehalt von fossilen Brennstoffen zu besteuern, der letztlich das Ausmaß an CO₂-Emissionen bestimmt. Dieser Kohlenstoffgehalt ist, bezogen auf den Heizwert, bei der Kohle ganz erheblich höher als beim Erdöl oder gar beim Erdgas. Kohlenstoffsteuern würden die Kohle im Verhältnis zu den relativ sauberen Energiequellen Öl und Gas beträchtlich verteuern und damit die Nachfrage nach der schmutzigsten (doch leider am reichlichsten vorhandenen) fossilen Energie bremsen.

Die Preisunterschiede wären enorm: Bei einer Klimasteuer von 250 Dollar pro Tonne Kohlenstoff (wohl dem erforderlichen Minimum) vervielfacht sich der Preis von Kohle, während der von Benzin sich nur verdoppelt und das Erdgas noch weniger aufschlägt.

Einschneidend sind auch die Konsequenzen von Klimasteuern

Wo ein politischer Wille ist, ist auch ein Schleichweg

für die Kohle-, Gas- und Ölförderländer. Zwei kanadische Wissenschaftler, John Whalley und Randall Wigle von der University of Western Ontario, haben ausgerechnet, wie sich vier denkbare internationale Klimaschutzstrategien auf die Weltwirtschaft auswirken. Vorausgesetzt haben sie in jedem Fall, daß die Kohlendioxidemissionen bis zum Jahr 2030 halbiert werden.

Die schärfsten Wohlfahrtsverluste hätte die Welt hinzunehmen, wenn für jedes Land festgelegt würde, wie hoch der Pro-Kopf-Ausstoß sein darf. Dann wäre im Jahr 2030 das Weltsozialprodukt 8,5 Prozent niedriger als im Referenzfall (es geschieht nichts). Das ist freilich nur ein Durchschnittswert. In Nordamerika und in den Ölförderländern wären die Einkommenseinbußen nahezu doppelt so hoch, während Europa, Japan und die Entwicklungsländer verhältnismäßig glimpflich davorkämen.

Die Einkommenseinbußen wären dagegen nur halb so hoch, wenn Steuern auf die Förderung von Energien erhoben würden. Dann stiegen natürlich die Einnahmen der Opec-Länder; alle anderen Staaten hätten dagegen unter höheren Ölrechnungen zu leiden, am meisten die Dritte Welt.

Würden statt auf die Produktion die Klimasteuern auf den Energieverbrauch erhoben, könnten die globalen Wohlfahrtsverluste nochmals halbiert werden. In Europa und Japan würde das Sozialprodukt sogar stärker wachsen. Schwer hätten jedoch abermals die Entwicklungsländer an der Energieverbrauchssteuer zu tragen und schwerer noch die Ölexporteure. Dazu zählen schließlich nicht nur die Ölscheichtümer, sondern auch die zerfallende Sowjetunion, für die Öl- und Gasausfuhren als Quelle von Deviseneinnahmen immer wichtiger werden.

Fazit: Für die reichen Industrieländer wäre wirksamer Klimaschutz wirtschaftlich wohl tragbar, ja vielleicht sogar profitabel. Damit er auch politisch durchgesetzt werden kann, ist allerdings einfallreiche Hilfe für das verarmte Osteuropa und die Ärmsten der Armen in der Dritten Welt vonnöten.

Je mehr die Politiker dem Volk aufs Maul schauen, desto mehr schlägt dem die Sprache

Nichts verbraucht den Menschen mehr als der Mensch, der alles verbraucht.

Schwerpunktthema CO2

(fw) Die Anhörungen der Enquete-Kommission "Schutz der Erdatmosphäre" haben eindeutig ergeben, daß der zunehmende Ausstoß von CO2 zu einer fortschreitenden Aufheizung der Erdatmosphäre führt. Sofortmaßnahmen seien deshalb dringend erforderlich. Wir wollten deshalb von den Parteien und der Verwaltung wissen, welche Maßnahmen sie ergreifen wollen. Für die FDP antwortete Dr. Obermeier und für die SPD Hr. Pohler, beide Vertreter ihrer Parteien im ULG (CDU und GAL antworteten leider nicht.). Dem haben wir die Vorschläge der AGNU aus dem 1989 aufgestellten "Allgemeinen Maßnahmenkatalog Natur- und Umweltschutz in Haan" gegenübergestellt, die zwar nicht direkt auf die Fragen bezogen, aber immer noch aktuell sind.

Kiebitz: Was planen Rat und Verwaltung, um den CO2-Ausstoß in Haan zu reduzieren?

Stadtdirektor: Auch wenn unstreitig die Stadt nur geringe Beiträge zu diesem globalen Thema leisten kann, sind wir uns einig, daß die CO2-Emmissionen reduziert werden müssen. Dies geht nur über die Ersetzung fossiler Brennstoffe bzw. die Reduzierung des Energieverbrauchs. Ende der achtziger Jahre wurden deshalb in Haan die Heizungsanlagen in allen öffentlichen Gebäuden überprüft und zum großen Teil durch erdgasgefeuerte Anlagen, die dem tatsächlichen Wärmebedarf entsprechen und damit weniger Brennstoff benötigen, ersetzt.

In Zusammenhang mit dem in Arbeit befindlichen Energieversorgungskonzept wird auch die Möglichkeit geprüft, in einem oder beiden Hallenbädern Blockheizkraftwerke zu installieren. Hier möchte ich den Gutachtererkenntnissen und dem Beratungsergebnis noch nicht vorgreifen.

FDP: Daß der zunehmende Ausstoß von CO2 zu einer Erwärmung der Erdatmosphäre führt ist unbestritten. Hier sind sicherlich, so-

weit derzeit politisch durchführbar, globale Maßnahmen erforderlich. Weiterhin müssen bundespolitische bzw. europäische Konzepte umgesetzt werden.

Aber es muß auch "vor der eigenen Haustür gekehrt" werden. Wie groß der Besen sein muß wird die Auswertung des Energieversorgungskonzepts ergeben. Dann werden wir auch Antworten auf Fragen wie: Einspeisung privaten Stroms in das öffentliche Netz (z.B. durch Biogas gewonnen), Blockkraftwerke geben können.

SPD: Z.Zt. laufen Untersuchungen bezüglich der Ausgestaltung der städtischen Energieversorgung. In diesem Zusammenhang wird über die Erstellung eines Blockheizkraftwerkes und weiteren modernen Technologieeinsatzes entschieden werden. Langfristiges Ziel muß es sein, die Belastung mit CO2 und anderen Schadstoffen weitgehend zu reduzieren.

AGNU: Der ÖPNV und dessen Nutzung ist zu fördern. Reine Wohngebiete müssen noch stärker als bisher verkehrsberuhigt werden. Durchfahrtsverkehr muß in jedem Fall aus den Wohngebieten herausgehalten werden. Hierbei bietet es sich an, stärker als bisher Sackgassen einzurichten (z.B. Am Bandenfeld). Zu untersuchen ist auch, ob in einzelnen Fällen nicht eine Umwandlung in Spielstraßen möglich ist, um den Autofahrer zu besonders vorsichtigem Fahren anzuhalten.

Neubauvorhaben müssen so geplant werden, daß die Wohngebiete autofrei sind und die Abstellplätze vor den Gebieten eingerichtet werden. Die hiermit verbundenen längeren Fußwege für den Autofahrer werden durch die Vorteile der autofreien Zone mehr als ausgeglichen (z.B. Bollenberg II, Turnstraße). Jeder Mensch ist Fußgänger, aber nicht alle Autofahrer. Die AGNU fordert: In der Verkehrsplanung muß ein Umdenken einsetzen. Die Denkweise "erst Auto, dann die Bürger ohne Auto" ist

Verschiedene Meinungen

verantwortungslos. (Pkt. 3.1.1)

Städtischer Heizungsanlagen sollen natürlich Vorbild sein für die vielen privaten Haushalte, die keine Abgasreinigung haben. Die AGNU fordert: Die Stadt legt im ULG einen Bericht über den Stand und die Planung der städtischen Heizungsanlagen vor. (Pkt. 3.1.2)

Kiebitz: Gibt es diesbezügliche Haaner Förderungsmaßnahmen (z.B. für Solarkollektoren, Brennwertkesseln etc.) oder sind sie geplant?

Stadtdirektor: Nach Auslaufen der Förderung für Brennwertkessel unter 40 Kw-Leistung durch das Land NRW, fördern die Stadtwerke Haan diese Anlagen mit Zuschüssen von je 1.000 DM. Die Notwendigkeit einer sinnvollen städtischen Förderung von Solarkollektoren hat sich bislang noch nicht gezeigt.

FDP: Uns sind bisher keine Fördermaßnahmen seitens der Stadt Haan bekannt. Er-

folgsversprechende Alternativenenergiegewinnung (Warmwasserversorgung mit Solarenergie) wird bekanntlich vom Land finanziell bezuschußt.

SPD: Der Werksausschuß hat kürzlich beschlossen, Anschaffung von Brennwertkesseln finanziell zu unterstützen.

AGNU: Neben dem bestehenden Umweltschutzpreis sollten Ideenwettbewerbe und Schülerwettbewerbe durchgeführt werden. (Pkt. 1.5.4)

Kiebitz: Was wird innerhalb der Verwaltung in dieser Richtung getan, z.B. Reduzierung des Energieverbrauchs in den städtischen Gebäuden, Einsatz von Blockheizkraftwerken, Reduzierung des Treibstoffverbrauchs beim Fuhrpark etc.?

Stadtdirektor: Aus Gründen der wirtschaftlichen und ökologischen Vernunft achten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf einen sparsamen Heizungsverbrauch. Von Zeit zu

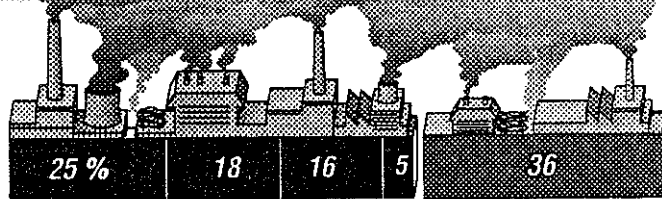
Die CO₂-Sünder

Angaben für 1990 in %
(z.T. geschätzt)

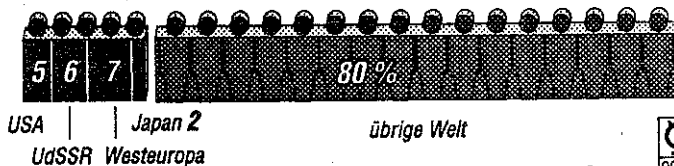
Anteile an der
Welt-Emission
von CO₂



Anteile am
Welt-Verbrauch
von Öl,
Kohle, Gas



Anteile an der
Welt-
Bevölkerung



Bei der Verbrennung von fossilen Energieträgern (Öl, Kohle, Gas) wird Kohlendioxid (CO₂) frei. Die Experten sind sich einig, daß die mögliche Klimakatastrophe maßgeblich durch die Überproduktion von CO₂ verursacht wird. Auf die großen Industrienationen entfielen 1990 fast zwei Drittel des Welt-Verbrauchs an fossilen Stoffen, obgleich ihr Anteil an der Weltbevölkerung nur gerade ein Fünftel beträgt.

Zeit wird hieran durch verwaltungsinterne Hinweise erinnert. Beratenden Hinweise durch unser Hochbauamt über rationelles Heizen, Lüften usw. unterstützen diese Bemühungen. Ferner ist es eine Selbstverständlichkeit, daß städtische Fahrzeuge (egal, ob von Bauhof, Stadtwerken oder Rettungsdienst) nur für Fahrten eingesetzt werden, die zur Aufgabenerfüllung notwendig sind. Seit einiger Zeit werden nur Pkw's mit Katalysator angeschafft.

FDP: Die Frage zu Maßnahmen der Verwaltung zur Reduzierung des Energieverbrauchs in den städtischen Gebäuden sollte nicht von uns, sondern von der Verwaltung beantwortet werden.

SPD: Seitens der SPD-Fraktion ist bereits in verschiedenen Sitzungen des Werksausschusses, im Kommunalwahlprogramm und in weiteren Ausschüssen deutlich gemacht worden, daß wir für Energiesparmaßnahmen eintreten. Hierzu gehören die Anträge bezüglich der Energiesparmaßnahmen in öffentlichen Gebäuden, wie z.B. Hallenbäder und Rathaus.

AGNU: Alle öffentlichen Gebäude und sonstigen im Besitz der Stadt Haan befindlichen Einrichtungen müssen gezielt daraufhin untersucht werden, mit welchem Aufwand und Kosten Energieeinsparungen möglich sind. Insbesondere kommt hierbei in Betracht:

- * Energiesparlampen
- * veränderte Schalter in Fluren (Zeit- statt Ein/Ausschalter)
- * Ersatz von Raumbelichtungen (Neonlampen) durch gezielte Einzelleuchten
- * Einsatz von Solaranlagen oder andere Primärenergie sparende Anlagen für Warmwasserbereitung (Schwimmbäder)
- * Einbau von Thermostatventilen bei Heizungen
- * Elektronische Heizungssteuerung
- * Ersatz von stark energieverbrauchenden Anlagen (Elektroheizkörper, Kühlschränke)

- * Teilweise Abschaltung der Straßenbeleuchtung in den Nachtstunden (in Berlin wird ab 23 Uhr in den Laternen jede zweite Leuchte abgeschaltet)

Für alle industriellen Energienutzer ist wichtig zu wissen, daß nicht nur der Verbrauch gezahlt werden muß, sondern auch der Anschlußwert. Energiesparlampen sparen daher einerseits durch einen wesentlich geringeren Verbrauch und zusätzlich durch den geringeren Anschlußwert, was fast ebensoviel Ersparnis bedeutet. Die AGNU fordert: Die Verwaltung ergreift umgehend alle erdenklichen Energiesparmaßnahmen. (Pkt. 3.5.8)

Kiebitz: Was wird getan, um dem ÖPNV Vorrang vor dem Individualverkehr zu geben?

Stadtdirektor: Daß dem ÖPNV auch in Haan Vorrang vor dem Individualverkehr gegeben werden muß, ist unstrittig. Ob dazu eine Netzergänzung erforderlich ist, scheint mir angesichts der Wohnstruktur von Haan fraglich. Es darf nicht vergessen werden, daß die Stadt Haan das heutige ÖPNV-Angebot des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr im Haaner Stadtgebiet mit einer Umlagebeteiligung von 2,4 Mio DM pro Jahr fördert. Ob weitere verkehrslenkende Maßnahmen, etwa eine Vorrangschaltung für Busse infrage kommen, wird sich bei der Diskussion über das neue Verkehrsgutachten aber auch unter Beachtung der bekanntlich nicht leichten Haushaltssituation von Haan zeigen.

FDP: Es wird unseres Erachtens noch zu wenig für die Förderung des ÖPNV getan. Wir würden es z.B. begrüßen, wenn der Kreis in Zusammenarbeit mit dem VRR neue Konzepte wie dem CityExpress umsetzen könnte. Das (in vielen Ländern ähnlich praktizierte) Konzept wurde mit Fahrplanwechsel 91/92 in Wuppertal sehr erfolgreich eingeführt.

Prinzip: Auf einer Hauptstrecke verkehren in kurzen Taktabständen Busse, die nur noch

Verschiedene Meinungen

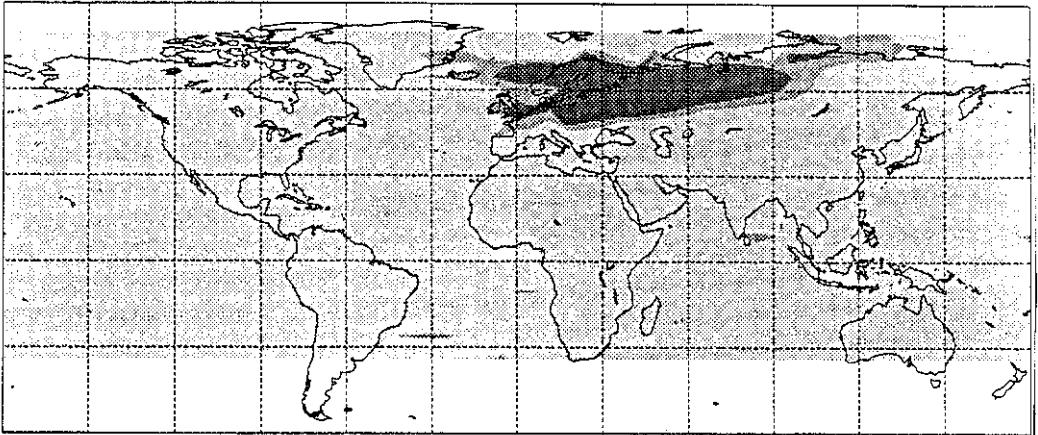
ausgewählte (und damit weniger) Haltestellen anfahren. Dies ergibt entscheidende Fahrtzeitverkürzungen. Dieser Service der Wuppertaler Stadtwerke wurde durch Umorganisation geschaffen und nicht als zusätzliches kostenintensives Angebot. Nach unserer Meinung bietet sich in Haan hierfür die Strecke Benrath-Vohwinkel an.

SPD: In den Beratungen im Verkehrsausschuß hat die SPD-Fraktion auch deutlich gemacht, daß ein Umsteigen vom Individualverkehr mit dem PKW auf den ÖPNV -oder auf Fahrrad im innerstädtischen Verkehr- durch geeignete Maßnahmen wie bessere Abstimmung der verschiedenen Systeme (Bus/S-Bahn/DB) attraktiv gemacht werden soll. Linienwege sind zu überdenken und Verbindungen zwischen verschiedenen Verkehrsgesellschaften so zu gestalten, daß der Verkehrsverbund nicht nur mit dem gemeinsamen Ticket, sondern auch durch funktionierende Verbindungen zu einem "Verbund" wird. Für die Spätverbindungen sind verstärkt Sammeltaxis, die auf Abruf einsetzbar

sind, mit einzuplanen.

Im Radfahrerverkehr in Haan ist es erforderlich, je nach Situation geeignete Radwegeverbindungen zu schaffen, bzw. bestehende Straßen verstärkt dem Radverkehr zur Verfügung zu stellen. Dies ist im Einzelfall zu entscheiden. Gemeinsame Geh- und Radwege finden jedoch nicht unsere Unterstützung, weil dies meist dazu führt, daß die Fahrbahnfläche nicht reduziert wird, der PKW-Verkehr letztendlich also Nutznießer vom meist ungeordneten Miteinander von Fußgänger und Radfahrer ist. Bei eigenen Radwegen ist auch auf einen entsprechenden "schwellenfreien" Ausbau zu achten.

AGNU: Die verstärkte Förderung und Nutzung des ÖPNV löst Verkehrsprobleme. Die AGNU fordert: Die Anbindung an die S-Bahn ist zu optimieren! Eine S-Bahn-Verbindung Köln-Wuppertal über Haan und Gruiten ist anzustreben. Der Ausbau und die Nutzung des ÖPNV ist zu fördern. (Pkt. 2.1.8)

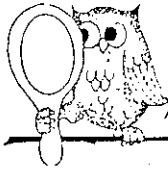


Deutliche Gefährdung der Ozonschicht über Nordeuropa und Rußland wies die US-amerikanische Weltraumorganisation Nasa mit ihrer Januar-Messung in 21 km Höhe (Stratosphäre) nach. Die dunkel abgebildete Anhäufung von ozonzersetzendem Chlormonoxid stammt von Fluorchlor-Kohlenwasserstoffen (FCKW). Aufgeschreckt durch die Meßergebnisse der Nasa und der ersten EG-Ozonforschungskampagne wollen der deutsche Bundesumweltminister Prof. Dr. Klaus Töpler und US-Präsident George

Bush die Herstellung von FCKW bis Ende 1993 bzw. 1995 verbieten. Der Rat der EG-Umweltminister beschloß, die Produktion möglichst bis Ende 1993 um 85 % zu reduzieren und bis 1995 ganz einstellen zu lassen (siehe auch Seite 24). Durch die Zerstörung der Ozonschicht in der Stratosphäre kann mehr kurzwellige hochenergetische Ultraviolett-Strahlung auf die Erde gelangen. Beim Menschen begünstigt diese Strahlung Hautkrebs. Außerdem kann sie Pflanzen und Tiere schädigen.

Grafik: Nasa

Aus ZfK März 1992



Eulenspiegel



D r e i s a t z

1. So geht es nicht weiter.
2. Was statt dessen geschehen müßte, ist im wesentlichen bekannt.
3. Trotzdem geschieht es im wesentlichen nicht.*

* So charakterisierte der Naturphilosoph Meyer-Abich die bisherige Umweltpolitik. Wir sind der Meinung, daß dies auch für die Nord-Süd-Politik der Industriestaaten gilt.

Versuch einer Mobilisierung

1962 wurde das Buch von Rahel Carson »Der stumme Frühling« veröffentlicht.

1972 veröffentlichte der »Club of Rome«: »Die Grenzen des Wachstums«

1979 wurde der Bericht der Nord-Süd-Kommission bekanntgegeben: »Das Überleben sichern, gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer.«

1980 wurde der Bericht an den amerikanischen Präsidenten »Global 2000« der Öffentlichkeit vorgestellt.

1981 kam dann der Palme-Bericht »Gemeinsame Sicherheit« heraus

1982 Verabschiedung der »Welt-Charta für die Natur« durch die UN-Generalversammlung.

1984 wurde vom Umweltinstitut »Worldwatch« der erste Bericht »Zur Lage der Welt« herausgegeben.

1987 folgte dann der Brundtland-Bericht: »Unsere gemeinsame Zukunft«.

(Wenn Ihr mehr über die zitierten Berichte wissen wollt, schicken wir Euch gerne ein Infoblatt zu. Bitte einen mit 60er Freimarke frankierten Rückumschlag beilegen. Die Redaktion)

In der Analyse und Beschreibung der globalen Situation – des Nord-Süd-Unrechts und der Umweltzerstörung – sind wir Meister

wann werden wir Meister im Handeln ?

24 Jahre terre des hommes
30 Jahre amnesty international
32 Jahre Misereor
32 Jahre Brot für die Welt
29 Jahre Welthungerhilfe
23 Jahre medico international
21 Jahre Gesellschaft für bedrohte Völker
20 Jahre Greenpeace

Viele Jahre der Versuch, diejenigen Menschen, die in der Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Erziehung und in den Medien verantwortlich tätig sind, zu bewegen, so zu handeln, daß die Wirkung ihres Handelns für das menschliche Leben auf dieser Erde nicht zerstörerisch wird.

Öffentlicher Personen- verkehr

(smk) Wolfgang Schröpfer von der GAL scheint uns neben Winfried Pohler (SPD) der einzige ÖPNV-Spezialist im Verkehrsausschuß. H.Schröpfer forderte seit September 1991 den Streckentausch der Buslinien 742 und 786. Nach mehrfachen Vertagungen seitens der CDU- und FDP-Mitglieder, kam am 6.2.92 erneut der Punkt auf die Tagesordnung. Eine Entscheidung war fällig, da dieses der letzte Zeitpunkt vor dem Fahrplanwechsel der Rheinbahn war.

Wieder sollte auf Hinweis zum ausstehenden Verkehrsgutachten von der CDU vertagt werden - Herr Pohler regte die telefonische Einbeziehung des Gutachters an - und auch die Verwaltung hat dem Ausschuß den Streckentausch mit Verlängerung des 786 nach Gruiten-Dorf empfohlen. Herr Borth (CDU) fühlte sich von der Verwaltung unter Zeitdruck gesetzt (???) und mit den üblichen 7:6 Stimmen wurde der Antrag vertagt, um die Ergebnisse des Gutachters abzuwarten. Keine 8 Wochen später dürfen diese Ausschußmitglieder nun schriftlich nachlesen: Tausch der Linienwege der Linien 742 und 786 im Abschnitt zwischen der Al-lestraße und Gruiten-Bahnhof mit einer Verlängerung der Linie 786 bis Gruiten-Dorf. Ziel: Verbesserung der Verbindungsqualität mit Gruiten-Dorf und Erhöhung der Zahl der Verbindungen mit Düsseldorf bei gleichzeitiger Verbesserung der Anschlußsicherheit. Und nun...?

Amtsstuben-Leidsatz

**Selbst wenn du glaubst, es
nicht mehr auszuhalten, der
Dienstweg ist einzuhalten.**

Das unsoziale Auto?

(smk) Aus DIE ZEIT vom 10.1.92: Mit so simplen Regelungen wie einem Tempolimit auf den Autobahnen können sich zwar fast drei Viertel der Bürger anfreunden, nicht aber der Bundesverkehrsminister. Und höhere Verbrauchsteuern wären zwar dem Finanzminister willkommen, gelten aber als unsozial, weil sie den berühmten kleinen Mann, aus dem das Gros der Wähler besteht, besonders hart trafen. Unsozial ist es indes auch, daß dieser kleine Mann gemeinhin da wohnt, wo die Umweltbelastung durch Autoabgase am größten ist; aber das merkt der ja vielleicht erst nach der nächsten Wahl.



Aus Westdeutsche Zeitung 31.10.91

Verkehrsausschuß

(smk) Die 12. und 13. Sitzung des VA brachte kaum Entscheidungen, da alle nur auf das Verkehrsgutachten warteten! Herausgekommen ist nun kein Gutachten, sondern nur ein Konzept! Laut SPD-Klagen kostete der Spaß dann nicht DM 70.000, sondern DM 119.000 und da es für die SPD nicht vollständig war, wurde die Sperrung der Restgelder - sofern möglich - beantragt. Die Verwaltung war in der Sitzung gleich doppelt überfordert. Von den zusätzlichen DM 49.000 war nichts bekannt (!!!) und wie weit der Zahlungsstand war, konnte auch Keiner sagen!

Wir werden uns in der nächsten Zeit mit dem Konzept beschäftigen und auch eine Diskussion mit anderen Interessierten anregen.

Ansonsten bleibt festzuhalten, daß immer mehr BürgerInnen die Verwaltung mit Wünschen zur Verkehrsberuhigung beschäftigen. Außer Formalismen und Vertagungen hat der Ausschuß nicht viel Hoffnung für die Bürger verbreitet. Nicht nur aufgrund der überaus unangenehmen Art des Ausschußvorsitzenden, sondern auch aufgrund der Entschlußlosigkeit können wir den Bürgern den Besuch dieses Ausschusses nicht empfehlen!

Wer soll das bezahlen?

(smk) Nur zum Stichwort Verkehr sind mir so Zweifel gekommen, ob die Ausgaben für diese Sache so richtig sein können:

- * Brücke Neustraße - DM 250.000 und ein bißchen mehr
 - * Querspange - DM 1.000.000 und sicher noch mehr
 - * Sanierung Tiefgarage - DM 3.600.000 höchstens, oder?
 - * Bau der Tiefgarage Diekerstraße - ?
- Alles Beträge, die doch recht locker in der

Stadt vorhanden waren. Dagegen nehmen sich Projekte für Radfahrer (40 cm pro Jahr?) und beispielsweise Sportler (Turnhalle Steinkulle mit Eigenleistungen?) ungewöhnlich sparsam aus. Auch die DM 60.000 Zusatzkosten für eine Verlängerung der Busstrecke des 786 nach Gruiten-Dorf bereiten Bauchweh - aber doch wohl nur bei der Autolobby. Es ist mir unbegreiflich, daß man bei uns noch so denken kann. Viele andere Städte denken gewaltig um und erkennen, daß die Bürger mehr eigene Lebensqualität haben wollen. Dabei geht es nicht um die Verteufelung des Autos, aber man muß endlich einsehen, daß in den letzten Jahrzehnten nur pro Auto geplant wurde. Der Gutachter schlägt zwar einige Maßnahmen im ÖPNV und für Radwege vor, doch genauso hat er ein Parkleitsystem (!!!), den Bau der K20n als Ortsumgehung und ähnliches auf Lager.

Realistisch betrachtet haben wir in Haan höchstens zwei Stunden am Tag Verkehrsprobleme. Auch die Parkhäuser sind nur während der Kirmes und Samstagvormittag voll - dafür ein Parkleitsystem für DM 50.000? Das alles damit wir überregional Werbung für die Qualität der ADAC-empfohlenen Parkhäuser in Haan machen können? Sollen weitere Millionen in Tiefgaragen und Sanierungen derselben verbuddelt werden? Je mehr wir die Straßen ausbauen, die grünen Wellen schneller schwimmen lassen, desto mehr Leute locken wir mit dem Auto nach und durch Haan, damit dann der Teufelskreis wieder von vorn beginnt?

Solange in Haan Politiker glauben, daß man Autofahrern eine längere Wegstrecke von ein paar 100 m nicht zu Gunsten der Anwohner im Rahmen der Verkehrsberuhigung und zum Schutz der Kinder zumuten kann, solange wird sich hier bei der Verkehrspolitik gar nichts ändern!

Schade.

(smk) Wie im Rat, so im Kiebitz. Dieses Thema wird uns noch bestimmt 2 Jahre beschäftigen. Immerhin fließen dort alle wichtigen Dinge der Zukunft ein:

- Flächenverbrauch contra Naturschutz
- Schaffung von Wohnraum incl. neuem Verkehr
- Schaffung neuer Arbeitsplätze incl. neuer Belastungen

Können wir uns wirklich "sperrern" und ein Nullwachstum in Haan festschreiben? Nullwachstum heißt nun nicht, daß gar nichts mehr geht, aber müssen wir wirklich permanent weiter wachsen? Hört das nicht sowieso bald auf? Darf es schon heute aufhören?

Zugegebenermaßen kann man alle Punkte höchst konträr diskutieren. Beispielsweise läßt sich überhaupt nicht leugnen, daß es Bedarf an weiteren Wohnbauflächen gibt. Allerdings darf man nicht leugnen, daß in Haan bislang eine Wohnungsbaupolitik betrieben wurde, die fast ausschließlich zu Gunsten der Besserverdienenden ging. Dieses läßt sich unter anderem aus der ungewöhnlich hohen Zahl "Quadratmeter Wohnfläche/Bewohner" und auch aus der schlechten Zahl für die Nutzung des ÖPNV ablesen. Familien, die sich 2-3 Autos leisten können, fahren eben nicht so viel mit dem Bus!

Nun gut, diese Diskussion muß jetzt öffentlich geführt werden und die Verwaltung hat für den Sommer bereits die Termine in Haan und Gruiten geplant. Wir hoffen, daß sich viele Bürger positiv beteiligen und an der Zukunftsgestaltung unserer Stadt Interesse zeigen.

Betrachtet man mal rein sachlich den gegenwärtigen Verfahrensstand, so haben die Verwaltung und die Ratsmehrheit eine recht

schlechte Note vom Regierungspräsident bekommen! Alle besonderen Wünsche, die außerhalb des Gebietsentwicklungsplanes lagen (Golfplatz, Gewerbegebiet Champagne), wurden eindeutig abgelehnt und es bleibt das, was ohnehin laut GEP machbar war. Wie von uns erwartet, hat der RP die Entscheidungen getroffen, die ein Stadtrat alleine hätte treffen können.

Erfreulich für uns die Einstellung des RP zu den Wasserschutz-zonen. Es wäre wünschenswert, wenn Rat und Verwaltung ähnlich deutlich Stellung beziehen würden und diese wichtigen Gebiete endlich schützen ließen - aber dann könnte man da ja nicht mehr planen...

Die AGNU ist mit der Entscheidung des RP zufrieden. Er ist in dem von ihm selbst gesteckten Rahmen geblieben und hat weitergehende Wünsche (zu-

nächst) abgelehnt. Es liegt nun an den Bürgern, wie es mit Haan weitergeht: Wachstum contra Lebensqualität. Vor Versprechungen und zu großen Hoffnungen sei gewarnt! Weder hat die

Stadt Haan Geld für großzügigen sozialen Wohnungsbau und Bau einer Ortsumgehung Gruiten (die alte K20n ist abgehakt, es gibt höchstens eine Ortsumgehung und dafür muß die Stadt selbst Mittel aufbringen!) noch scheint es bei den Politikern ein Umdenken zu geben.

Der "fließende" Autoverkehr ist unverändert vorherrschender Wunsch und alle anderen Maßnahmen wie Verkehrsberuhigung und öffentlich Nahverkehr kosten Geld.

Nebenbei, die Golfplatzplanung ist nicht beendet. Ausgesucht wurde jetzt die Fläche nördlich der Düssel zur K18n hin. Auch auf diesen Flächen wünscht die AGNU keinen Golfbetrieb und wir hoffen auf Unterstützung der Bevölkerung!

Wer seinen Wertzuwachs an PS und Felgen bemißt, riskiert Total-schaden.

Kopfweidenschnitt

(smk) Die AGNU wurde um Hilfe beim Schneiden alter Kopfweiden auf einem privatem Grundstück gebeten. Im Prinzip sollten wir dieses ablehnen und an die örtlichen Gartendienste verweisen, doch lag hier mit dem Grundstück an der Bellekuhl ein Sonderfall vor. Zwar Altbesitzer, aber doch Neubewohner auf diesem Grundstück, wollten eine Umgestaltung und dieses finden wir gut!

So wurde eine alte Hecke zurückgeschnitten und als Benjeshecke dient sie nun am Feldrand als wichtiger Lebensraum. Auch die alten Kopfweiden werden nun wieder mit neuer

Kraft austreiben und neue Nistmöglichkeiten bieten. Auch die alten Obstbäume auf dem Grundstück werden erhalten und gepflegt. Insgesamt also eine erfreuliche Bilanz. Eine kleine positive Umweltinsel umgeben von intensiv genutzten Böden!

Der Familie Meis danken wir für die gute Bohnensuppe und die Spende in unsere AGNU-Kasse. Doch für alle Beteiligten war das Erlebnis der Naturarbeit ganz besonders wichtig und wir hoffen, Ihr seid beim nächsten Mal mit noch mehr Leuten dabei!

Frisch und mild

Mineralwasser tut viel für die Gesundheit. Frisch und prickelnd muß es für den einen sein, mild und sanft für den anderen. Aus Haan kommt beides. Denn Mineralwasser ist auch Geschmackssache.



Haaner Felsenquelle

staatl. anerkannte Heilquelle.

5657 Haan 1, Hochdahler-Straße 116, Tel.: (0 21 29) 60 59.

Aktionstag '92: Reinigung der Haaner Bachtäler

(hl) Am Samstag, dem 21.03.1992 war für Haan das "Große Reinemachen" angesagt worden. Unter dem Motto: "Müll gehört nicht in die Landschaft", waren alle Haaner Bürgerinnen und Bürger aufgerufen worden, sich an der Gemeinschaftsaktion der AGNU, des Heegeringes und der Landschaftswacht zu beteiligen.

Auch die Schulen waren angeschrieben worden, sich zu beteiligen. Neben 2 Klassen der Hauptschule "Zum Diek" nahm auch die Klasse 2b der Grundschule "Dieker Straße" an der Müllsammelaktion teil.

Einige Tage vor dem Aktionstag war während einer Schulstunde über dieses Thema gesprochen worden. Auf die Frage: "Was ist ein Umweltschützer?" antwortete ein Schüler: "Der Umweltverschmutzer schmeißt die Cola-Dose hin, und der Umweltschützer hebt sie wieder auf."

So motiviert, erschien am Samstag eine kleine Gruppe Kinder mit ihren Eltern und ihrer Klassenlehrerin am vereinbarten Treffpunkt. Wir sollten das obere Hühnerbach reinigen. Unsere bängigen Blicke gingen immer wieder nach oben, gen Himmel, in der Hoffnung, daß es wenigstens eine Stunde halbwegs trocken bliebe. Der Tag vorher hatte uns Dauerregen beschert und für den Samstag hatte uns die Wettervorhersage Schauer und Schnee versprochen.

Wegen dieser unangenehmen Wetterlage waren wohl auch die meisten "Müllsammler" lieber gleich zu Hause geblieben.

Trotzdem marschierte unsere Gruppe los und hatte die nächsten zwei Stunden einen Heidenspaß. Wann schon darf man quer durch einen Wald laufen und durch einen Bach waten?

Die Kinder und Eltern staunten auch nicht schlecht, was wir alles fanden:

Autoreifen, Flaschen, Dosen, Eisenstangen und -bleche, einen Stoßdämpfer, ein Dreirad, eine Mülltonne, einen Teppichboden, Plastiktüten ...

Als der große Regen begann und die Stiefel voll Wasser waren, brachen wir die Aktion ab.

Ein nettes Elternpaar, welches in der Nähe wohnt, lud uns alle noch zu Linsensuppe, Saft und Kaffee ein. Nach einer gemütlichen Stunde waren alle wieder aufgewärmt und munter. Doch der Regen ließ nicht nach. Also beschlossen wir, den Rest des unserer Gruppe zugeteilten Areals im Herbst weiter aufzuräumen.

Gutgelaunt gingen alle nach Hause in der Gewißheit, etwas wirklich Gutes und Sinnvolles für die Natur getan zu haben. Und Spaß hatten wir auch dabei.

Wer macht mit bei der nächsten Müllsammelaktion? Wir von der 2b sind dabei.

P.S. Allen Organisatoren und Müllsammlern sei hiermit für ihre Beteiligung und Arbeit herzlich gedankt.

Unser nächstes Arbeitskreis-Treffen findet statt:

am 06.05.92 um 19:30 Uhr

AGNU-Raum an der Bachstraße.

**Manche Vorkommnisse
sind Verkommnisse.**

Heckenrodung

(smk) Das Umweltministerium in Düsseldorf weist darauf hin, daß eine Geldbuße von bis zu DM 100.000 demjenigen droht, der zwischen dem 1. März und dem 30. September Hecken oder Gebüsch rodet.

Ob sich das auch bis zum Bauhof der Stadt Haan durchgesprochen hat?

Fitis und Zilpzalp

(vh) Heute möchte ich gleich zwei Vögel vorstellen, den Fitislaubsänger und den Weidenlaubsänger, besser bekannt als "Zilpzalp", so genannt nach seinem monotonen Gesang "zip-zap" "zip-zap", der jetzt wieder in den Parks, Gärten, Friedhöfen und im Wald zu hören ist. Der Fitis flötet wohlklingend, weich und langsam abfallend "titituitutu", was ihm den Namen "Wisperlein" eingebracht hat.

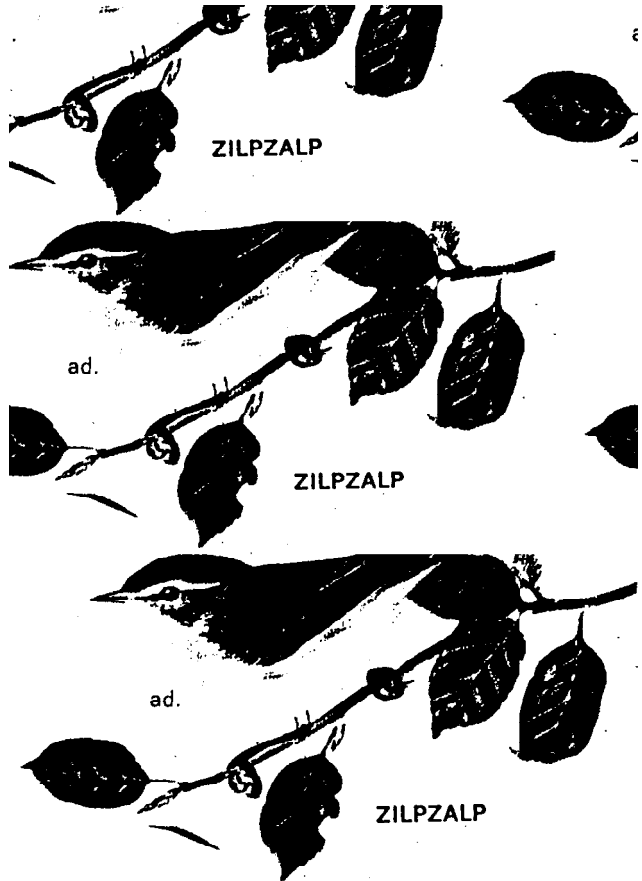
Das ist dann aber auch schon das eindeutige und fast einzige Unterscheidungsmerkmal der beiden Laubsänger, ansonsten sind sie schwer voneinander zu unterscheiden. Der Fitis kommt allerdings nicht oft in Gärten vor, er bevorzugt Laubwälder, mit Wasser in der Nähe.

Beide Arten haben braun-graue Oberseiten und helle bis gelbliche Unterseiten, der Fitis hat hellere Beine als der Zilpzalp, aber das kann man auch mit dem Fernglas oft nicht ausmachen. Beide sind 11 cm groß und wiegen 9 Gramm, sie haben einen spitzen Schnabel, da sie sich von Insekten und Spinnen ernähren.

Die Männchen kommen Anfang April aus dem Winterquartier in Afrika zurück, etwas früher als die Weibchen, und besetzen singend die Brutreviere. Die Weibchen bauen dann am Boden oder im niedrigen Gebüsch kugelige Nester mit seitlichen Einschluflöcher, "Backöfchen", die sie mit Federn auspolstern und in die sie ab Mitte Mai die Eier legen. Das Brüten überlassen die Männchen den Weibchen, während

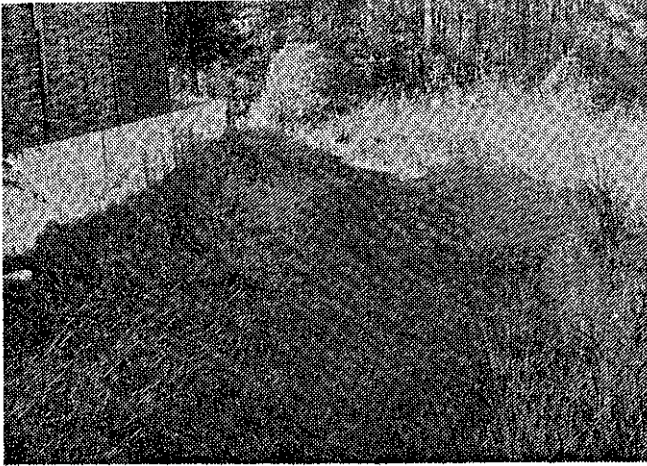
sie selbst durch Singen Artgenossen fernhalten oder durch "huit" vor Gefahr warnen. Auch bei der Fütterung der 6 bis 7 Jungen sind die Männchen nicht so aktiv wie die Weibchen. Täglich ca. 200mal fliegen die Eltern mit Futter ans Nest und mit Kotballen ab, ca. 14 Tage lang. Auch nach dem Ausfliegen werden die Jungen noch einige Tage gefüttert.

Während der Mauser im Sommer sind die Vögel still, aber im Herbst hört man sie wieder singen, bevor sie sich im Oktober/November auf die lange Reise begeben.



Ein Artikel im Haaner Treff und die Antwort

Muß das sein?!



Wildnis vor der Haustür

(ak) – Dieses Foto entstand nicht am Rande eines Urwaldes, sondern auf der Erkrather Straße in der Gartenstadt Haan. Ein unbebautes Grundstück, inmitten schmucker Einfamilienhäuser, ärgert täglich die Anwohner. Zurecht die Proteste, oder nicht?

Aus Haaner Treff 1.4.92

Erneut muß ich mit Bedauern zur Kenntnis nehmen, mit welchem Unverstand Wildkrautbestände in Ihrer Artikelserie "Muß das sein" angeprangert werden. Sie sollten wissen, daß - um es mit Ihren Worten auszudrücken- diese "verwaorlosten Grundstücke" mit ihrer Ruderalvegetation zu den wertvollsten innerstädtischen Kleinbiotopen zählen, die Nahrungsgrundlagen, Unterschlupfmöglichkeiten und Überwinterungsorte für viele Insektenarten bieten. Der gezeigte Standort beherbergt überdies einen ansehnlichen Bestand des Getüpfelten

Johanniskrautes, einer Pflanzenart, die bis heute in der Naturheilkunde Verwendung findet und deren Zahl mangels geeigneter Wuchsplätze immer seltener wird. Wer hier "Abhilfe", sprich die Entfernung solcher Lebensräume fordert, macht sich schuldig an der Vernichtung vieler Tier- und Pflanzenarten, denen solche Brachflächen oft letzte Zufluchtstätten sind.

"Muß das sein?" könnte man sich eher fragen, betrachtet man die zunehmende Versiegelung von Straßen- und Grundstücksrändern, die steigende Zahl der monotonen Koniferenlandschaften in Haan Vorgärten, die sterilen Betonkübel-Baumscheibenkulturen der Innenstadt oder schlichtweg das massenhafte Abkippen von Gartenabfällen in das Wald- und Landschaftsschutzgebiet an der Erkrather

Straße. Um es auf einen Punkt zu bringen: Es gilt hier klar und sachlich zwischen wirklichen Mißständen und naturgegebenen Erscheinungen zu unterscheiden.

Andreas Förster

**Wäre Natürliches
selbstverständlich,
bliebe Künstliches
unverständlich.**

Das Schöllkraut

(af) Kaum eine Wildpflanze folgt dem Menschen so nah bis an seine Wohnstätten wie das Große Schöllkraut (*Chelidonium majus*). Als wärme und nährstoffliebende Pflanze finden wir es daher noch an Mauerfüßen, in Mauerritzen, und im Saum von Hecken oder auf Schuttplätzen, insbesondere im Bereich alter Dörfer und Städte. Von April bis September lockt das Große Schöllkraut mit seinen goldgelben Blüten zahlreiche Wildbienen-, Hummel und Fliegenarten zur Nektarweide an. Die Blätter dieses Kulturfolgers sind gefiedert bis fiederspaltig, die Fiedern wiederum gebuchtet bis gekerbt. Der Blattstiel jüngerer Blätter besitzt oft eine wolligweiße Behaarung, die bei älteren Blättern schwindet. Auch die Stengelteile der Pflanze weisen bei Austrieb im Frühjahr diese Behaarung auf. Die schotenartigen Fruchtstände des Schöllkrauts entlassen bei Eintritt der Reife (gelb werdend) schwarze Streufrüchte, die mit einem weißen Ölkörper behaftet sind. Diese werden nicht selten von Ameisen auf Mauern und rottende Kopfbäume transportiert. Wird ein Teil der Pflanze verletzt, so tritt an der Schadstelle ein orangegelber, schwachgiftiger Milchsafte aus, der uns zusammen mit anderen Merkmalen der Pflanze die nahe Verwandtschaft zu den Mohngewächsen verrät.

Jahrhunderte hindurch zählte das Schöllkraut in Brauchtum und Heilkunde vieler Landstriche eine bedeutende Rolle. Ja, es war nachweislich sogar in Kultur, eine plausible Erklärung dafür, daß sich bis heute Schöllkrautbestände fast ausschließlich um alte Ansiedlungen auffinden lassen. Einer der berühmten "Väter der deutschen Botanik", Hieronymus Bock (1498 1554), protestantischer Pfarrer zu Hornbach, Heilkundler und exzellenter Pflanzenkenner be schreibt die Heilwirkung des Schöllkrauts wie folgt: " Der bitter safft des

Schöllkrauts und wurtzel ist hitziger natur. Er öffnet innerlich gebraucht die verstopfte Leber / reiniget außwendig faule wunden / und macht klare augen. ... Schölwurtzel mit änis samen in weißem wein gesotten und getrunken eröffnet die Leber / und vertreibt die Gälsucht. ... Ein handtvoll geseubert Schölwurtzel in einer halben maß Rosenessigs gesotten / dann durch gesigen darein zertriben drei lot Tyriack und des trancks ein gemein gläßlin voll getruncken / nidergelegen und geschwitz / ist ein bewert stuck so jemens die pestilentz hett angestoßen. ... Schölwurtzsaft im Meien gesamlet / in einem küpffferin geschirr mit honig gekocht / ist ein köstlich augenartznei / die macht es klar und häll / darein gedropffet. ... Das angesicht mit Schöllkrautwasser gewaschen vertreibt die massen / heilet die pestilentz blater / stillt das glidwasser. Safft von Schölwurtzel heilet die fitseln / krebs und den wolff / benimpt das zanwee / mit essig im munt gehalten. ...". (Aus Heinrich Marzell; Geschichte und Volkskunde der deutschen Heilpflanzen; 1938; überarbeitete Auflage von 1967).

Bis in heutige Tage bekannt, ist das Heilverfahren, den orangegelben Milchsafte der Pflanze auf Warzen zu streichen, um diese zu veröden. Tatsächlich weist das in allen Pflanzenteilen vorkommende Alkaloid "Chelidonin" eine cytostatische Wirkung auf. An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, sich tunlichst nach Berührung mit dem Milchsafte der Pflanze nicht die Augen zu reiben, da dies zu starken, schmerzhaften, Schleimhautreizungen führen kann.

Das Große Schöllkraut, ist zwar allgemein verbreitet, tritt aber infolge sogenannter Verschönerungs- bzw. Säuberungsmaßnahmen in Städten und Dörfern mehr und mehr zurück. Nicht selten werden seine Wuchsplätze versiegelt, überbaut oder es fällt Unkrautvernichtungsfeldzügen zum Opfer. In Haan finden wir

im Siedlungsbereich des Menschen

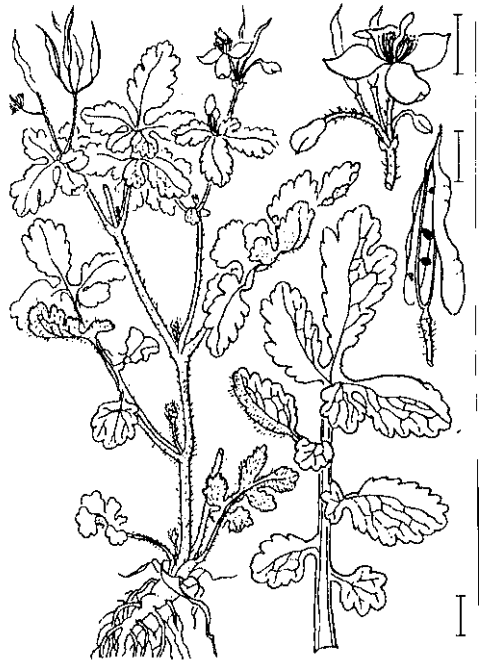
Schöllkrautbestände im Bereich der Friedhofshecke an der Alleestraße, im Bereich der Robert-Koch-Straße, an der Kaiserstraße (hier eine Grundstückseinfahrt, die noch keine "Verschönerungsaktion" erfahren hat) sowie in der einen oder anderen innerstädtischen Hecke. Da der historische Altstadtkern Haans (Alter Kirchplatz) aufgrund von Bebauung und Versiegelung nur noch relikthhaft existiert, fehlt das Schöllkraut hier gänzlich und ist daher nur noch auf den oben genannten Ersatzstandorten zu finden. Außerhalb Haans beschränkt sich das Vorkommen des Großen Schöllkrauts auf Mauerstandorte in Gruitzen und auf einen Heckensaum am Schaafenkotten im Ittertäl.

Um diese kulturgeschichtlich interessante Art langfristig für uns und unsere Nachwelt zu erhalten, sind Umdenkungsprozesse bei Bürgern und Behörden erforderlich. Wildkrautschutz muß demnach zum integralen Bestandteil sogenannter "Stadt und Dorfverschönerungen" werden. Konkret bedeutet dies, Wildkrautfluren zu schonen, zu sichern oder zu erweitern (z.B. durch Abtragung der Versiegelung). Ferner gilt es neue Wuchsplätze für Wildpflanzen zu erschließen; so bieten sich z.B. Baumscheiben an, die, mit einem Mutterboden-Feinschutt-Substrat versehen, der natürlichen Sukzession überlassen werden, anstelle sie mit teuren, standortfremden Gewächsen aus Gartenbaubetrieben zu bestücken.

Ja, sogar die Neuanlage von dörflichen Wildkrautfluren ist z.B. an historisch bedeutsamer Bausubstanz wie Mauern, Fachwerkhäusern oder bei Heckenneuanpflanzungen denkbar. Zahlreiche Projekte (Rheinisches Freilichtmuseum Kommern/SCHUMACHER 1978-1982; Unna-Billmerich/der Verfasser 1984; Unna-/Billmerich, Massen, Hemmerde/Stadt Unna 1987-1989) zeigten deutlich, daß Wildpflanzenanlagen das Dorfbild auf ästhetische Weise bereichern sowie neue Lebens-

grundlagen für zahlreiche Tierarten schaffen. Es sei vermerkt, daß bei solchen Neuanlagen ausschließlich Pflanzgut aus der näheren Umgebung verwendet wurde, um keine Florenverfälschung zu betreiben. Das Saat und Pflanzgut im Falle Unnas wurde zunächst von Naturschutzgruppen, später über ein AB-Projekt der Stadt Unna, auf speziellen Flächen in Beetkulturen vermehrt und anschließend ausgebracht.

Es bleibt zu wünschen, daß auch in der an Wildpflanzen stark verarmten Gartenstadt Haan, ähnliche Projekte oder Schutzmaßnahmen Schule machen. Bestrebungen historische Bausubstanz der Heimat zu schützen und zu erhalten gibt es genug. Kulturhistorisch wichtige Pflanzenarten, wie unser Großes Schöllkraut, dürfen dabei nicht vergessen werden.



Schöllkraut – *Chelidonium majus*

Termine und Kontakte

Mai 1992

Mo.	4.5.	19.30 Uhr	Vorstandstreffen	C
Di.	5.5.	17.00 Uhr	Planungsausschuß	L
Mi.	6.5.	17.00 Uhr	ULG	L
Mi.	6.5.	18.00 Uhr	Jugendgruppentreffen	H
Mi.	6.5.	19.30 Uhr	AK Biotopschutz	P
Mo.	11.5.	19.00 Uhr	Radio Neandertal: Umweltmagazin "BUNDnessel"	Q
Di.	12.5.	20.00 Uhr	Treffen Fahrradgruppe / ADFC	I
Mi.	13.5.	18.00 Uhr	Jugendgruppentreffen	H
Sa.	16.5.	14.30 Uhr	Botanische Exkursion in die Erftaue mit Dr. Wioke	F
Mo.	18.5.	19.30 Uhr	Monatstreffen	A
Di.	19.5.	17.00 Uhr	Rat	L
Mi.	20.5.	18.00 Uhr	Jugendgruppentreffen	H
Mi.	20.5.	17.00 Uhr	Preisgericht Umweltpreis	L
Mi.	20.5.	20.00 Uhr	AK Haushalt und Garten	K
Mi.	20.5.	20.00 Uhr	AK Energie	D
Di.	26.5.	20.00 Uhr	Treffen Fahrradgruppe / ADFC	I
Mi.	27.5.	18.00 Uhr	Jugendgruppentreffen	H

Juni 1992

Mo.	1.6.	19.30 Uhr	Vorstandstreffen	C
Mi.	3.6.	18.00 Uhr	Jugendgruppentreffen	H
Mo.	8.6.	19.00 Uhr	Radio Neandertal: Umweltmagazin "BUNDnessel"	Q
Di.	9.6.	20.00 Uhr	Treffen Fahrradgruppe / ADFC	I
Mi.	10.6.	18.00 Uhr	Jugendgruppentreffen	H
Mi.	10.6.	17.00 Uhr	ULG: Verleihung Umweltpreis	L
Mi.	10.6.	20.00 Uhr	AK Haushalt und Garten	K
Mi.	10.6.	20.00 Uhr	AK Energie	D
Mo.	15.6.	19.30 Uhr	Monatstreffen	A
Di.	16.6.	17.00 Uhr	Rat	L
Mi.	17.6.	18.00 Uhr	Jugendgruppentreffen	H
Di.	23.6.	20.00 Uhr	Treffen Fahrradgruppe / ADFC	I
Di.	23.6.	17.00 Uhr	Planungsausschuß	L
Mi.	24.6.	17.00 Uhr	Verkehrsausschuß	L
Mi.	24.6.	18.00 Uhr	Jugendgruppentreffen	H
Fr.	26.6.	20.00 Uhr	Redaktionsschluß Kiebitz	M
Sa.	27.6.	14.00 Uhr	Redaktionssitzung Kiebitz	M

Juli 1992

Mi.	1.7.	18.00 Uhr	Jugendgruppentreffen	H
Mo.	6.7.	19.30 Uhr	Vorstandstreffen	C

Termine und Kontakte

Mi.	8.7.	18.00 Uhr	Jugendgruppentreffen	H
Mi.	1.7.	20.00 Uhr	AK Haushalt und Garten	K
Mi.	1.7.	20.00 Uhr	AK Energie	D
Fr.	10.7.	18.00 Uhr	Der neue Kiebitz erscheint!	M
Mo.	13.7.	19.00 Uhr	Radio Neandertal: Umweltmagazin "BUNDnessel"	Q
Di.	14.7.	17.00 Uhr	Rat	L
Di.	14.7.	20.00 Uhr	Treffen Fahrradgruppe / ADFC	I
Mi.	15.7.	18.00 Uhr	Jugendgruppentreffen	H
Sa.	18.7.	15.00 Uhr	Botanische Exkursion am Rheinufer mit Dr. Wioke	F
Di.	28.7.	20.00 Uhr	Treffen Fahrradgruppe / ADFC	I

Regelmäßige Treffen:

Jeden 1. Montag im Monat um 19.30 Uhr: Vorstandsitzung	C
Jeden 3. Montag im Monat um 19.30 Uhr: Monatstreffen. siehe Tagespresse	A
Jeden 2. und 4. Dienstag um 20.00 Uhr: Treffen Fahrradgruppe / ADFC	I
Jeden 3. Mittwoch um 20.00 Uhr: AK Haushalt und Garten	K
Jeden 3. Mittwoch um 20.00 Uhr: AK Energie	D
Jeden Mittwoch um 18.00 Uhr: Treffen AGNU-Jugend	H

Zu allen Treffen sind interessierte Gäste herzlich willkommen!

Kontakte und Treffpunkte:

A: Tel.: (0 21 29) 29 81	Frank Wolfermann / AGNU-Raum *)
B: Tel.: (0 21 29) 73 12	Jörg-Uwe Pieper
C: Tel.: (0 21 29) 81 28	Sven M. Kübler / AGNU-Raum *)
D: Tel.: (0 21 29) 5 01 30	Bert van Dijk / AGNU-Raum *)
E: Tel.: (0 21 29) 30 86	Volkshochschule Hilden - Haan
F: Tel.: (02 11) 899 24 30	Volkshochschule Düsseldorf
G: Tel.: (0 21 29) 29 81	Iris Wolfermann / AGNU-Raum *)
H: Tel.: (0 21 29) 78 72	Holger Krause / Wechselnde Treffpunkte
I: Tel.: (0 21 29) 5 97 04	Rainer Hillesheim / AGNU-Raum *)
K: Tel.: (0 21 29) 44 12	Irmgard van de Lücht / AGNU-Raum *)
L: Tel.: (0 21 29) 11 60	Rathaus Haan, Sitzungssaal
M: Tel.: (0 21 29) 29 81	Frank Wolfermann / Am Bandenfeld 28
O: Tel.: (0 21 29) 5 14 12	Claus Hippel / Uhrzeit und Treffpunkt siehe Presse
P: Tel.: (0 21 29) 83 37	Heidi Linke / AGNU-Raum *)
Q: Tel.: (0 21 04) 1 30 86	Radio Neandertal/UKW 97,6 MHz, Kanal 106,2 MHz

*) AGNU-Raum, Grundschule Bachstr. 64, Untergeschoß

(rd) Der Müllberg in Sachsen-Anhalt wächst. "Produzierte" 1989 jeder Bürger noch durchschnittlich 250 Kilogramm Müll, waren es 1990 schon 400 Kilogramm. Prognosen des Umweltministeriums sagen für die Zukunft jährlich 1,5 bis 1,7 Millionen Tonnen Siedlungsabfall voraus. Bis zum Ende des Jahrhunderts sollen 58% des Siedlungsabfalls durch Vermeidung von Verpackungsabfällen, Sammeln von Wertstoffen und Abfallberatung reduziert werden.

Noch in diesem Jahr wird die Sicherung und Stilllegung von 151 Deponien mit einem Kostenaufwand von 27 Millionen Mark erfolgen. Von den etwa 2000 Deponien bleiben nach dem Abfallwirtschaftskonzept des Landes 80 übrig, davon 12 Großraumdeponien.

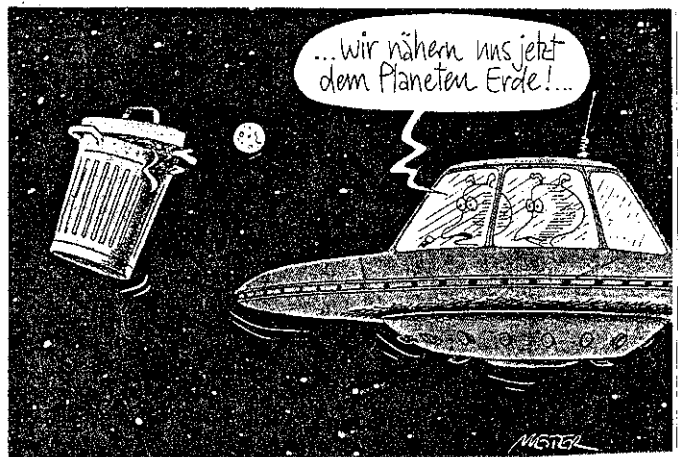
Nach Aussagen des Umweltausschusses des Landtages sind die Ursache für die wachsenden Müllmassen die oft pauschal erhobenen Müllgebühren in den Kreisen Schönebeck, Havelberg, Wittenberg und ... Merseburg!

Im Landkreis Staßfurt, Regierungsbezirk Magdeburg, erfolgt die Berechnung der Müllabfuhr nach wie vor durch Müllmarken, die an den Containern befestigt werden. Laut Gemeindeordnungen werden nur volle Mülltonnen zur Abholung bereitgestellt. Außerdem kann man in den Gemeinden für 3,50 DM 25 Müllbeutel käuflich erwerben, in welche sortiert Flaschen sowie Plastik- und Metallabfälle gegeben werden können. Altpapier wird gebündelt und ebenfalls 14-tägig abgeholt. Auch im Regierungsbezirk Halle gibt es Beispiele für die Erfassung von Plastikabfällen. Sie werden z.B. in den Kreisen Hohenmölsen und Weißenfels gesammelt und der Weiterverwertung zugeführt.

Unsere AG sammelte im letzten Jahr etwa 300 Unterschriften, um gegen die erhobenen Müllgebühren zu protestieren. Mit der Pro-Kopf-Berechnung wurden diejenigen bestraft, die sich um eine Müllvermeidung bzw. -Reduzierung bemühen und diejenigen belohnt, die ein besonders hohes Müllaufkommen haben. Wir erhielten als Antwort, daß das derzeitige Abrechnungssystem nur eine Übergangslösung darstellt. Außerdem sollten in absehbarer Zeit ausreichend Container für die Erfassung von Altglas, Altpapier und Lumpen bereitgestellt werden.

Mittlerweile ist ein Jahr vergangen, die Verpackungsflut hat sich in vollem Ausmaß auch bei uns ausgebreitet und die dazu getroffenen Maßnahmen sind in keiner Weise ausreichend. Es gibt weder eine gerechtere Berechnung des Müllaufkommens pro Haushalt noch erkennbare Ansätze, z.B. mit der Bereitstellung kleinerer Tonnen Müllvermeider durch die Halbierung der Abfuhrkosten zu belohnen.

Bis jetzt wurden nur an einigen Stellen in der Stadt Container für Altglas und Altpapier aufgestellt, so daß die Bürger nur in einigen Wohngebieten davon Gebrauch machen kön-



Sorgenkind auch in Bad Lauchstädt

nen. Wiederholt wandten sich Bürger an uns, um zu erfahren, wohin die abgeholten Sekundärrohstoffe kommen.

Vor allem die Flut von Plastikabfällen macht uns große Sorgen. Die Wiederverwendung z.B. bei der Jungpflanzenanzucht kann nur einen Bruchteil abschöpfen. Auf diesem Gebiet gibt es bislang keine uns bekannten Al-

ternativkonzepte. Das ist uns unverständlich, wo dem Kreis mit den Chemiebetrieben Buna und Leuna Kapazitäten zur Verfügung stehen, die für solche Aufgaben kompetent und einsatzbereit wären. Bereits vorhandene Technologien könnten weiterentwickelt und die Auftragslage der Betriebe würde verbessert werden.

Leiter des Amtes für Abfallwirtschaft bei der AGNUL

(rd) Die Fachgruppe Müll der AGNUL wandte sich mit den o.g. Problemen in einem Schreiben an Herrn Reckmann, Leiter des Amtes für Abfallwirtschaft und Altlastensanierung im Dezernat Umwelt des Landratsamtes Merseburg, das auch vom Leiter des Umweltausschusses der Stadtverordnetenversammlung unterzeichnet wurde. Herr Reckmann reagierte prompt und gab uns als Gast der Sitzung der AGNUL am 27.03.1992 Gelegenheit, ihn zu Problemen aus seinem Ressort zu befragen.

Welches Abfallkonzept hat das Landratsamt? Herr Reckmann erläuterte, daß das Hauptziel seines Amtes zunächst die Sicherstellung der Entsorgung gewesen sei. Dazu mußten neue Fahrzeuge und neue Kübel angeschafft werden.

Derzeit gehe es um die "moderne Abfallwirtschaft", die Reduzierung der Müllmenge auf 30-40% verbunden mit einer Wertstoff-erfassung. Der Anfang seien Altglascontainer (für 500 Bürger stehe ein Containerstellplatz zur Verfügung) und die regelmäßige Abholung von Altpapier seit November 1991.

Ende diesen bzw. nächsten Jahres sollen im Rahmen des dualen Systems für Verpackungen mit dem grünen Punkt blaue Tonnen für Papier und gelbe Säcke für Leichtverpackungen bereitgestellt werden.

In drei bis vier Jahren würde die Biotonne mit einem Investvolumen von 50-60 Millionen Mark dazukommen. In Leuna und Bad Dürrenberg laufen Pilotprojekte zum Verkauf von

Kompostern. Von den 100 DM Anschaffungskosten gibt es 50 DM Zuschuß, jährlich werden 10 DM Müllkostenablaß gewährt. Kühlschränken werden gesondert entsorgt, der Aufwand pro Stück betrage 80 DM. Ein Schrotthändler in Merseburg stehe für die Annahme von Schrott zur Verfügung. Die Wiederverwertung von gemischter Plastik sei immer noch nicht gelöst, es könnten daraus nur Bänke, Blumenkästen und Schallschutzwände hergestellt werden. An der TH Merseburg werde zwar dazu geforscht, jedoch sei "sauberes" Material wie PVC oder Polyethylen Voraussetzung.

Wie soll die Berechnung der Müllabfuhrkosten in Zukunft erfolgen? Der Amtsleiter brachte zunächst seinen Stolz zum Ausdruck, daß es seit 1991 gelungen sei, daß die etwa 180 wilden Kippen im Kreisgebiet mit unterschiedlichem Sanierungsaufwand weitgehend nicht mehr genutzt werden und bei uns die Straßen-Gräben im Vergleich zu anderen Kreisen verhältnismäßig sauber seien.

Würde man nun Müllsparer finanzielle Vorteile einräumen, wäre die Gefahr für die Beseitigung des Restmülls durch andere Entsorgungsmöglichkeiten zu groß. Dazu käme der Verwaltungsaufwand der Kontrolle bei Halbierung der Müllmenge oder bei Kompostierung. Außerdem wären für kleinere Tonnen separate Fahrzeuge notwendig, um nicht die ganze Tonne im Abfall verschwinden sehen zu müssen. Die Abfuhr alle 14 Tage würde nicht ausreichen. Ein Wiegen der Müllmenge erfor-

Müll - Sorgenkind auch in Bad Lauchstädt

dere eine kostenaufwendige Zusatzausrüstung, was bis jetzt nur im Modell erprobt werde. Dabei machte er uns auf das schwierige Verhältnis von Gewicht und Volumen aufmerksam z.B. bei Asche, die zwar weniger wiege aber ein "konzentriertes" Volumen darstelle.

"Aufgeklärt" wurden wir auch über die Kosten der sogenannten modernen Abfallwirtschaft. Kostet es 10 DM, eine Tonne Müll nach Lochau auf die nicht genehmigungsfähige Deponie zu fahren, verlangt eine Tonne Papier einen Kostenaufwand von 100 DM, eine Tonne Gläser 57 DM.

Das vergangene Jahr brachte ein Defizit von 1,4 Millionen bei der Müllabfuhr. Es wird geschätzt, daß mit Bereitstellung der Tonnen für das duale System davon 1,2 Millionen DM abgeschöpft werden. Eine Erhöhung der Müllgebühren ließe sich jedoch nicht vermeiden - pauschal berechnet versteht sich. Jedoch gäbe es Möglichkeiten, Bürgern die ihrer Pflicht zur getrennten Sortierung von Abfällen nicht nachkommen, mit 20% Kostenaufschlag auf die Müllgebühren zu bestrafen. Auf unseren Vorschlag, ehrenamtliche Naturschutzhelfer, denen im Naturschutzgesetz von Sachsen-Anhalt eine wichtige Stellung eingeräumt wird, stärker einzubeziehen, ging er nicht ein.

Zu erregten Diskussionen kam es um den grünen Punkt. Wir verweisen darauf, daß das duale System im Sinne des Abfallgesetzes, in dem Abfallvermeidung an erster Stelle steht, eine äußerst ungünstige Lösung darstellt. Vor allem die pauschale Vergabe des Punktes - gleich ob es sich um Plastikverpackungen handelt, oder eine Mehrweglösung möglich gewesen wäre, rechtfertigen die Bezeichnung "grüner Punkt" in keiner Weise. Die Kosten für das Recycling aufwendiger Plastikverpackungen trägt dagegen der Verbraucher.

Herr Reckmann wandte sich gegen Meinungen, wonach das duale System nicht um-

weltfreundlich sei und nannte namentlich die Presse, die einerseits den grünen Punkt kritisiere, sich andererseits gegen die Druckerzeugnisverordnung sträube, um eine Rücknahme der von ihr verursachten Papiermassen zu verhindern.

Wohin mit dem "Wohlstandsmüll"?

Die Bezirksregierung Halle sei für eine Weiterführung der Deponie Lochau. Wie alle Deponien im Umkreis von Halle, wäre auch diese derzeit nicht genehmigungsfähig. Man gehe davon aus, daß die Deponie saniert werden müsse, egal ob sie weiterbetrieben oder stillgelegt wird und so fährt man die Abfälle weiter fleißig dorthin. Die Sanierung der Deponie Lochau planend, wendet sich die Bezirksregierung gegen die Haldenschlitzung.

Im letzten Jahr wurden wir über dieses Projekt informiert. Eine sich in unmittelbarer Nähe der Stadt befindende Halde, die ohnehin das Bild unserer Chemieindustrie- und Bergbaufolgelandschaft prägt, sollte von innen ausgehöhlt werden. Der Abraum war zur Auffüllung des Tagebaurestloches Großkayna gedacht, das dann mit Wasser geflutet und zum Geiseltalsee werden sollte. Unser Gast sagt, daß dieses Projekt nicht ernsthaft weiterverfolgt werde, da die Halde in der Trinkwasserschutzzone läge. Mit der Bunahalde vor der Tür leuchtet uns dieses Argument schwer ein.

Stattdessen wird die Müllverbrennung geplant. Eine Sondermüllverbrennungsanlage soll nach Bitterfeld. Leuna beantragt den Bau einer Drehrohrofenanlage. Das Genehmigungsverfahren läuft bereits, jedoch wird das Abfallgesetz unterwandert und der Versuch unternommen, die Zulassung über das Immissionschutzgesetz zu erreichen. Die AGNUL wird dagegen Protest einlegen und die Genehmigung nach dem Abfallgesetz fordern. Damit unterstützen wir auch die Kreisbehörde, die diese Vorgehensweise ebenfalls verurteilt.

Und noch einmal: Der Grüne Punkt

Abfallvermeidung statt Mogelpackung - der Etikettenschwindel des Grünen Punktes

(uz) ... GRÜNER PUNKT auf Getränkekästen mit Plastik, Papp- und Aluschicht umweltfreundliche Verbundverpackung), GRÜNER PUNKT auf Plastikjoghurtbechern, Margarineschachteln... Ist das umweltfreundlich?

Hintergründe: "Töpfers Verpackungsverordnung"

1. Stufe seit 1.12.1991: Hersteller und Vertrieber müssen Transportverpackungen zurücknehmen und recyceln.
2. Stufe ab 1.4.1992: Jeder darf unbestraft die Umverpackung im Laden lassen (z.B. Manschetten um Joghurtbecher, Schachteln um Zahnpastatuben...).
3. Stufe ab 1.1.1993: Verkaufsverpackungen müssen zurückgenommen und recycelt werden.
 - ab 1.1.1993 30-70%
 - ab 1.7.1993 80-90%

Hintertür des Gesetzes: Gelingt es der Wirtschaft, ein flächendeckendes Rücknahmesystem einzuführen, entfallen Pfand- und Rücknahmepflicht des Händlers (d.h. der Kunde darf die Verpackungen dann nicht mehr im Laden zurücklassen, was ja einen Druck für weniger Verpackung auf die Hersteller ausüben würde).

Folge: Sept. 1990 - 400 Unternehmer gründen die Firma "Duales System Deutschland GmbH" (DSD). Sie können so einen Bogen um die Verpackungsverordnung machen.

Ziel: neben der öffentlichen eine privatwirtschaftliche Müllabfuhr aufzubauen.

WERTSTOFFSAMMLUNG DES DUALEN SYSTEMS:

- Altpapier-Iglu (Papier-, Kartonverpackung)
- Altglas-Iglu (weißes, grünes, braunes Glas)
- Gelbe Werttonne (für jeden Haushalt; Kunststoff-, Weißblech-, Aluverpackungen)

Schwindel: Die Lizenz für den Druck des PUNKTES bekommt jeder Hersteller gegen

eine Lizenzgebühr (2-20 Pf pro Verpackung) von der "Duales System Deutschland GmbH" (DSD); diese richtet sich nach Füllvolumen der Verpackung, nicht etwa nach der besonderen Umweltfreundlichkeit.

Folge: Hersteller wälzen die Mehrkosten der Verpackung, die sie zum Aufbau des Dualen Systems an die "Duales System Deutschland GmbH" zahlen, auf die Verbraucher ab. - Das sind für jeden GRÜNEN PUNKT auf der Verpackung 2-20 Pf mehr, die der Verbraucher zahlt; - Laut "Bonner Energiereport" sind das 300,- DM pro Kopf und Jahr. Einnahmen für die DSD 2-7 Mrd. DM pro Jahr!

Tragik:

1. Verpackungsrecycling ist erst ab 1.1.93 vorgeschrieben - Verbraucher bezahlen aber jetzt schon für den GRÜNEN PUNKT.
2. Es gibt kaum Städte und Gemeinden, die an das Duale System angeschlossen sind.
3. Kunststoffrecycling steckt noch in den Kinderschuhen.
4. GRÜNER PUNKT bedroht Mehrwegsystem (Bier in Dosen darf den GRÜNEN PUNKT tragen, das in Flaschen nicht!). Hier ist der Bürger gefordert! Kaufen Sie keine Dosen, wenn es Mehrwegsysteme gibt! Unnötige Verpackung im Laden lassen!
5. Es gibt fast nur noch GRÜNE PUNKT - ARTIKEL!

Die Abfälle gelangen weiterhin ungeordnet in den Hausmüll, doch die Bevölkerung hat ein gutes Gewissen, da der Abfall den GRÜNEN PUNKT trägt.

So wird der immer größer werdende Abfallberg von den Unternehmen noch zur umweltfreundlichen Sache gemacht!

Deshalb gilt noch immer:

1. VERMEIDEN
2. VERMINDERN
3. VERWERTEN von Abfällen

Naturreiner Humus aus Abfall

(fw) Im März veranstaltete die Stadtsparkasse Haan gemeinsam mit der LBS eine Ausstellung unter dem Motto "Gesunde Umwelt - Schöne Umwelt". Auf dieser sehr informativen und alle Aspekte des umweltgerechten Wohnens berührende Ausstellung fanden wir auch die "Hamburger Wurmbox". Der komplette "Leitfaden zur Hamburger Wurmbox" kann bei uns angefordert werden:

Machen Sie aus Ihren Küchenabfällen wertvollen Wurmhumus. Geruchsfrei und auf engstem Raum - im Keller, in der Garage, auf dem Balkon oder Dachboden.

Wer keinen Garten hat, kann mit Hilfe der **Hamburger Wurmbank** den größten Teil seiner organischen Küchenabfälle zu Komposterde verarbeiten lassen. Die Arbeit macht für Sie "Eisenia Foetida", ein kleiner rotgeringelter Wurm, der als besonders gefräßig gilt und bei ein wenig Zuwendung und guter Fütterung sehr vermehrungsfreudig ist.

Etwa ein Drittel des Hausmülls muß somit nicht mehr in die Mülltonne, sondern wird verwertet zu Wurmhumus, einem organischen Dünger, bestens geeignet für Blumentöpfe und Balkonkästen, für Gemüsebeete und Rabatte.

Die Hamburger Wurmbank besteht aus einer geschlossenen Holzkiste, in die Sie Ihre

täglichen Küchenabfälle geben. Die Kompostwürmer fressen gut die Hälfte ihres Lebendgewichts an organischen Stoffen pro Tag und wandeln so die Küchenabfälle in wertvollen Dauerhumus um.

Was sollten Sie beim Aufstellen beachten? Vom Frühjahr bis zum Spätherbst steht die Wurmbox am besten im Schatten auf dem Balkon. Am wohlsten fühlen sich die Kompostwürmer bei Temperaturen zwischen 15° und 25° Celsius.

Sobald es kühl und frostig wird - etwa ab 8° Celsius und drunter - muß die Wurmbox ins Haus. Im Keller oder auf dem Dachboden kann dann weiter kompostiert werden. Dort wird die Wurmbox am besten auf einen Stuhl oder Hocker gestellt, dessen Beine in wassergefüllten Dosen stecken. Diese Vorrichtung hindert allerlei Kriecher, wie Tausendfüßler, Ameisen oder andere Käfer daran, an die Wurmbox heranzukommen.

Das Einrichten der Wurmbank ist kinderleicht. Auf den Boden der Box werden etwa 3 bis 5 Zentimeter Garten- oder Walderde (es muß lebendiger Boden sein, keine Erde aus der Tüte), vermischt mit der gleichen Menge Sand, gestreut. Etwa 500 Kompostwürmer kommen auf diesen Ansatz. Die Fütterung kann beginnen.



Klar
zum
Nachfüllen

**UMWELT-
SCHONENDE
WASCH- UND
REINIGUNGS-
MITTEL**

DR. STEWNER & CO.
TEL. 02151/602727
RHEINSTR. 57 · KREFELD

„Wir sind
auf dem
Mehrweg!“

*Nun
auch
in Haan!*

*Windel-Service
Ralf Drüge*

*Düsseldorf, Weidenburgstr. 10, Tel. 0211/481560
Haan, Elberfelder Str. 232, Tel. 02129 / 4412*

... und noch etwas zur Müllreduzierung

Senden Sie dieses Formblatt bitte an den

D D V
Deutscher Direktmarketing Verband e.V.
Schiersteiner Straße 29
6200 Wiesbaden

Bitte lesen, bevor Sie unterschreiben:

Durch Einsendung des ausgefüllten und unterschriebenen Formulars möchte ich erreichen, daß mein Name und meine Anschrift in möglichst vielen Adressenlisten für Werbezwecke gesperrt werden.

Ich bin darüber informiert, daß der Deutsche Direktmarketing Verband e.V. nach Erhalt dieses Formulars

meinen Namen und meine Adresse für die Dauer von fünf Jahren in die sog. ROBINSON-Liste aufnehmen und sie seinen Mitgliedsfirmen sowie anderen Anwendern von Direktmarketing zur Verfügung stellen wird, damit meine Adreßdaten in den jeweiligen Dateien der Unternehmen gesperrt werden können.

Wenn meine Adreßdaten auch bei einer Firma, deren Kunde ich bin, gesperrt werden sollen, muß ich mich mit dieser Firma direkt in Verbindung setzen.

Ich bin darüber informiert, daß der Deutsche Direktmarketing Verband e.V. sich darum bemühen wird, möglichst viele Firmen zur Sperrung meines Namens und meiner Adresse zu bewegen. Allerdings weiß ich auch, daß er dabei auf die freiwillige Mitarbeit der betreffenden Firmen angewiesen ist und keinerlei Zwang ausüben kann.

Ihre vollständige Anschrift geben Sie bitte nachfolgend in Blockschrift oder mit Schreibmaschine an.

Postleitzahl/Ort

Straße

Haus-Nr.

Vorname

Familienname

Bitte hier alle Namensvarianten angeben, unter denen Sie bisher adressierte Werbung erhalten haben.

Datum

Unterschrift

Aus den Ausschüssen

(fw) Zweimal tagte der ULG im letzten Quartal. In der ersten am 18.2.92 wurde der neue **Abfallberater** der Stadt, Herr Hasselberg vorgestellt.

In der anschließenden Beratung des **Haushaltsplans**, soweit es den ULG betraf, beantragte Hr. Schusky (SPD) den Ansatz für Öffentlichkeitsarbeit von 7.000 DM auf 12.000 DM zu erhöhen, was mit 10 Ja-Stimmen bei 3-Nein-Stimmen der CDU angenommen wurde. Einstimmig wurde die vorgesehene Kürzung der Zuschüsse an die AGNU zurückgenommen. Frau Lerch (GAL) beschwerte sich über die Rückschnittarbeiten in öffentlichen Grünflächen ("Rombomanier"). Dr. Obermeier (FDP) regte an, das Schnittgut für die Anlage sogenannter Benjes-Hecken zu verwenden (s.u.). Dies waren im Wesentlichen die Kommentare zum vorgelegten Haushaltsplan, der dann auch einstimmig angenommen wurde.

Unter dem Punkt "**Abwasserbetriebspunkt Büssingstr./Steinkulle**" verbarg sich wieder einmal der Bau eines RÜBs und eines Regenrückhaltebeckens, diesmal der landschaftspflegerische Begleitplan. In längerer Diskussion kritisierte Frau Lerch (GAL) insbesondere die 20 Meter lange Verrohrung des Thienhauser Baches und die 6 Meter breite Arbeitsschneise während der Bauphase. Nach Auskunft des Landschaftsplaners und der Verwaltung gebe es aber keine bessere Möglichkeit. Nach der von Herrn Schlaich (CDU) beantragten Änderung "das Wort zustimmend zu streichen" (9-Ja-Stimmen bei 3-Nein-Stimmen der SPD) wurde der

landschaftspflegerische Begleitplan einstimmig zur Kenntnis genommen.

Und noch ein RÜB stand zur Diskussion: "**Abwasserbetriebspunkt Dieckermühle**". Hierbei bedauerte Herr Pohler (SPD), daß der ULG "nicht die Möglichkeit erhalte, bereits am Abwägungsprozeß teilzunehmen ... Jetzt würden keine Alternativen aufgezeigt". Insgesamt scheint der ULG sich nicht ganz wohl bei diesem erneuten Versuch, die durch die Flächenversiegelung entstandene Situation durch Hilfsmaßnahmen zu beheben. Oder wäre sonst das Wort "zustimmend" (Antrag Schlaich) ohne Gegenstimme aus der Beschlußvorlage gestrichen worden? Jedenfalls hat die AGNU bei einer Ortsbegehung einige Fragwürdigkeiten festgestellt und ein entsprechen-

NATURKOST FÜR ALLE Querbeet

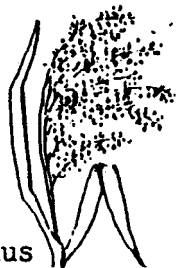
Rita Priem · Bahnhofstr. 82 · 5657 Hoon
Tel. 02129 7990

Mo., Di., Do. ab 15⁰⁰ Uhr
frische Vollkornbrote aus
kontrolliert biologischem
Anbau

Mo. und Fr. ab 15⁰⁰ Uhr
Milchprodukte und Gemüse aus
kontrolliert biologischem Anbau

Öffnungszeiten:

Mo., Di., Do. und Fr.: 9³⁰ - 13⁰⁰ Uhr
15⁰⁰ - 18³⁰ Uhr
Mi. und Sa.: 9³⁰ - 13⁰⁰ Uhr



des Schreiben an die Stadt verfaßt.

Erstaunlich kurz war die Diskussion über den **Sachstandsbericht über die Altlasten im Stadtgebiet**. Lag das an der über 60 Seiten umfassenden Vorlage der Verwaltung? Oder hat man sich mit den Altlasten inzwischen arrangiert? Vor zwei Jahr wurde dieser Punkt jedenfalls wesentlich stärker diskutiert, wobei aber selbst damals der Ausschußvorsitzende kritisierte, der ULG sollte doch stärker die Altlasten stärker beobachten (s.a. Kiebitz 2/90).

Am 24.3.92 waren unter dem Punkt **Anmeldung von Maßnahmen an die Zweckverbände Ittertal und Neandertal** eigentlich die Nebenbemerkungen wesentlich interessanter als das eigentliche Thema. So erfuhr man auf Grund einer Frage von Herrn Schusky (SPD) den Stand des **RWK-Antrages** (Wie der Kiebitz berichtete, möchten die Rheinisch-Westfälischen Kalkwerke in Dornap noch weiteres Grundwasser abpumpen, das dann in die Grube 7 geleitet werden soll). Im Januar fand dazu ein Gespräch beim Regierungspräsidenten statt. Demnach hat das geologische Landesamt keine Bedenken gegen die weitere Grundwasserabsenkung, jedoch bestehen unterschiedliche Ansichten über den Transport des Wassers von Dornap in die Grube 7. Dazu soll ein 2-3-jähriger Langzeitversuch stattfinden, während dem der Wasserrechtsantrag ruht. Im übrigen wird die Trinkwasserentnahme in Gruiten durch die Stadt Haan nicht beeinflusst.

Und als Dr. Obermeier (FDP) die **Aufforstung** im Haaner Osten vermißte, erfuhren die staunenden Zuhörer, daß derzeit nicht aufgeforstet wird, damit man später Flächen für evtl. Ausgleichsmaßnahmen zur Verfügung hat. Die Anregung, doch jetzt aufzuforsten und sie trotzdem später gegen zu rechnen, sei zwar, wie der Stadtdirektor ausführte ökologisch sinnvoll, aber gesetzlich nicht möglich. Ansonsten wurde dieser Tagesordnungspunkt einstimmig be-

schlossen.

Seine Anregung aus dem letzten ULG formulierte Dr. Obermeier (FDP) nunmehr als Antrag, aus dem in letzter Zeit stattgefundenen "intensiven Baumschnitt (vorsichtig ausgedrückt)" (O-Ton Dr. Obermeier) sog. **Benjeshecken** anzulegen (übrigens eine alte Anregung der AGNU, nachzulesen in unserem Maßnahmenkatalog Forderung 12). Hierzu wird Reisig dahin aufgeschichtet, wo später eine Hecke entstehen soll. Der Trick daran ist, daß in dem Reisig Vögel ihre Nester bauen und dadurch automatisch Samen in den Boden kommen, die in dem gleichen Maß, wie der Reisig vermodert und dadurch zusätzlichen Dünger liefert, zu Pflanzen emporwachsen und eine Hecke bilden. Der Antrag stieß auf allgemeine Zustimmung. Da keine städtischen Flächen hierfür zur Verfügung stehen, will die Verwaltung nun die Landwirte ansprechen.

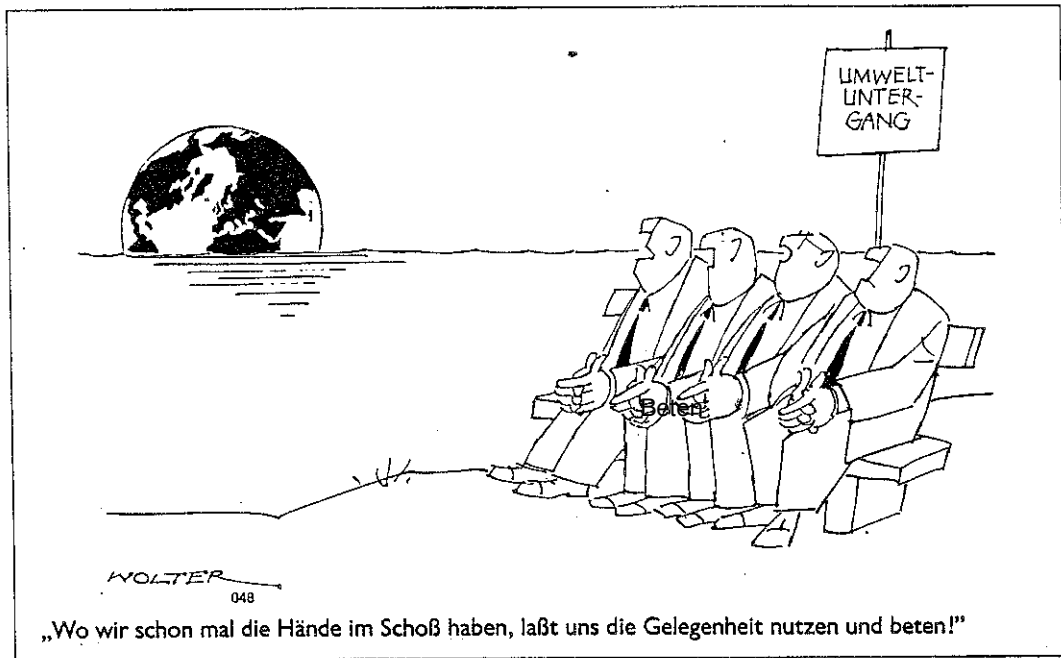
Größere Diskussion gab es beim Punkt **Duales System**. Hierüber hat die Presse ja ausführlich berichtet, so daß nur noch einige wichtige Punkte herausgehoben werden sollen. Das Duale System wird im Kreis am 1.5.92 eingeführt, was aber nur bedeutet, daß ab dann die Duale System Deutschland GmbH (DSD) für das Einsammeln des schon bisher getrennt gesammelten Abfalls (Papier, Glas, Metall) zuständig ist und die Stadt dadurch monatlich DM 25.000 spart. Für den Bürger wird sich vorläufig nichts ändern. Weder werden die Müllgebühren gesenkt, was man ja vielleicht auf Grund der Einsparung bei der Stadt und der für jede mit dem "Grünen Punkt" versehenen Verpackung zu zahlenden Abgabe von 1 bis 20 Pfennig (durchschnittlich 30 DM/Einwohner und Jahr), erwarten könnte. Noch wird der Bürger vorläufig den vielfach angedrohten "Gelben Sack" (ULG-Vorsitzender Angern: Es liegen Briefe Haaner Bürger vor, die sich den gelben Sack verbitten) benutzen können, denn erst

Aus dem ULG

Ende des Jahres soll jede Gemeinde im Kreis mit Säcken für 2.000 Bürger ausgerüstet werden. Erst 1993 soll das System dann komplett eingeführt werden und dann sollen auch evtl. die Müllgebühren gesenkt werden. Es war daher auch nicht verwunderlich, daß noch viele Fragen auftauchten. (Frau Lerch, GAL: Ich habe noch 1000 Fragen). So sieht der Plan vor, daß auf Dauer an 60 Orten Altglascontainer stehen werden (Schultz: Herr Hasselberg geht nächste Woche auf Suche). Warum muß es ein gelber Sack sein, der von den Versorgern nicht recycled werden kann (Schultz: Ist so bundesweit). Die Abfuhr soll vierwöchig erfolgen. Eulner (SPD): Was passiert, wenn das duale System scheitert? Der Stadtdirektor ahnt, daß dann wieder Rethmann einsteigt. Frau Lerch hat in einem Probelauf einmal vier Wochen die

Grüne-Punkt-Artikel-Verpackung gesammelt (Das müffelt nach einer Woche) und regt öftere Abholung an. Frau Treis (CDU) stellte fest, daß das, was am allerschlechtesten verwertbar ist, als erstes den grünen Punkt bekommen hat. Trotz des von ihr geäußerten Zweifel wurde die Einführung des dualen Systems bei einer Gegenstimme (GAL) beschlossen.

Der Antrag der GAL, die **Verwendung von Einweggeschirr** bei Haaner Veranstaltungen zu untersagen, wurde auf Antrag der SPD vertagt, um Erfahrungswerte der Stadt Erkrath einzuholen. Immerhin erfuhr man, daß die Schausteller der Haaner Kirmes eine Selbstverpflichtung abgegeben haben, auf Einweggeschirr zu verzichten (Wir erinnern an unseren entsprechenden Bürgerantrag vor zwei Jahren: Was lange währt, wird (hoffentlich) endlich gut?!)



(fw) In der AGNU Haan arbeiten viele aktive Helfer mit, von denen sich einige im Laufe der letzten Jahre spezialisiert haben. Trotzdem sind noch einige notwendige Gebiete ohne direkte Betreuung. Schauen Sie doch einmal in die folgende Liste und überlegen Sie sich, ob nicht gerade Sie diese Lücke füllen könnten.

1.	Artenschutz	
1.1.	Vögel	Volker Hasenfuß
1.2.	Amphibien	Helga Keikut
1.3.	Säugetiere	Michael Commeßmann
1.4.	Insekten	NN
1.5.	Pflanzen	Heidi Linke
2.	Naturschutz	
2.1	Bruch 7 / Bruch 10	Hans Friebe
2.2.	Spörklenbruch	NN
2.3.	Ittertall	Martein van Dijk
2.4.	Kopfweiden	Hans Friebe
2.5.	Teiche	NN
2.6.	Schulgärten	NN
2.7.	Kröten	Beate Wolfermann
2.8	Außeneinsätze	Claus Hippel
3.	Umweltschutz	
3.1	Daueraktionen	
3.1.1	Geschirrverleih	Marianne Kübler
3.1.2	DEA/RWE-Boycott	Jugendgruppe
3.2	AK's und Gruppen	s. Rückseite
3.3	Globale Probleme	
3.3.1	Abfall	Sven Kübler
3.3.2	Regenwälder	Frank Wolfermann
3.3.3	Klimakatastrophe	NN
3.3.4	Waschmittel	Beate Wolfermann
4.	Politische Arbeit	
4.1.	Öffentlichkeitsarbeit	Vorstand
4.2.	Kiebitz	Frank Wolfermann
4.3.	Gremienbeobachtung	
4.3.1.	ULG	Frank Wolfermann
4.3.2.	Planungsausschuß	Sven Kübler
4.3.3.	Verkehrsausschuß	NN
4.3.3.	Behördengespräche	Sven Kübler
4.4.	Gespräche mit Verbänden	Vorstand
4.5.	Beteiligungen nach §29	Sven Kübler
5.	Anderes	
5.1.	AGNU-Bibliothek	H.Keikut/A. Gädke
5.2.	Broschüren-Sammlung	Helga Keikut
5.3.	Kontakt zu Partnerstädten	Frank Wolfermann

Aus dem Leben eines Bürgerantrags

(fw) Vorspiel: Styropor (exakt gesagt: expandierbares Polystyrol = EPS) ist, da es nur aus Kohlenstoff und Wasserstoff besteht, eigentlich leicht und ohne Umweltbelastung zu entsorgen. Es ist aber, da es i.a. sortenrein anfällt, zu schade, weggeworfen zu werden. Deshalb - und die Töpfersche Verpackungsverordnung im Hinterkopf - hat die Fachgruppe Schaumstoffverpackungen schon 1990 ein flächendeckendes Konzept zur Rücknahme von EPS-Teilen aufgebaut.

Das Verfahren ist einfach: Der Teilnehmer an diesem Konzept bestellt per Post und Vorkasse leere Recyclingsätze (2,5 cbm) zu DM 30,-. Hierin sind alle Kosten der Entsorgung enthalten. Sind mindestens drei Säcke gefüllt, ruft man die nächste Sammelstelle an, von der innerhalb von 14 Tagen die Säcke abgeholt werden. Das so gesammelte Styropor wird in seine "Perlen"-Struktur zerlegt und neuem Styropor beigemischt, zum Bodenhilfsstoff "Styromull" verarbeitet oder wieder in den Ausgangsstoff Polystyrol zurückverwandelt.

1. Akt: Deshalb stellte ich am 22.6.1991 den Bürgerantrag, an den Kleinstmüllsammelstellen und an der Sondermüllsammelstelle Styropor getrennt zu sammeln. Der Eingang des Schreibens wurde kurz darauf von der Verwaltung bestätigt; dann passierte 7 Monate nichts.

2. Akt: Am 30.1.92 (! vorher tagte der Beschwerdeausschuß nicht) sollte dann mein Antrag im Beschwerdeausschuß behandelt werden, Beschlußvorschlag der Verwaltung: "Dem Bürgerantrag ... wird nicht entsprochen." In der Begründung wurden entgegen sonstiger Verwaltungspraxis keinerlei Zahlen genannt, es fanden sich nur so schwammige Formulierungen wie: "Aus verschiedensten Gründen hatte dabei keines der Angebote vollständig überzeugt.", "Eine separate Sammelstelle würde ... kaum frequentiert.". Darüberhinaus wurden der Sitzungsvorlage nur der Antrag selbst, nicht

jedoch die von mir beigelegten umfangreichen weiteren Informationen angefügt. Aus diesem Grund wies ich in einem Schreiben an den Beschwerdeausschuß noch einmal auf die wichtigsten Vorteile der getrennten Sammlung hin. Leider wurde dieses Schreiben von der Verwaltung nicht den Mitgliedern des Beschwerdeausschusses zur Verfügung gestellt.

Auch diesmal konnte sich nicht die Ausschlußmehrheit dazu durchringen, dem Antragsteller Gehör zu gewähren (ein entsprechender Bürgerantrag der AGNU wurde gar nicht erst in die Tagesordnung aufgenommen, der Antrag der SPD auf Änderung der Tagesordnung mit der gewohnten 6:7 Stimmenmehrheit von CDU/FDP abgelehnt.). So blieben, wie auch in allen nachfolgenden Sitzungen, viele Fragen ungeklärt. Dem engagierten und fachkundigen Einsatz der SPD (Herren Hadaschick und Pohler) setzte die CDU nur die Bemerkung "Wenn die Verwaltung die Ablehnung empfiehlt, kann ich nicht dafür sein." (Herr Ninow) entgegen. Die Verwaltung in Form von Herrn Mönikes zitierte im Wesentlichen nur aus ihrer Vorlage, ergänzt durch wiederum schwammige Aussagen wie "Die Angebote erlauben keine Umsetzung", "... die Gesamtkosten nicht beziffert werden können jedoch einige Tausend DM ..." oder gezielte Diffamierungen "Ob nach einer geleisteten Vorauszahlung dann auch tatsächlich fristgerecht eine Abholung erfolge, dürfe bezweifelt werden.". Herr Selders (CDU) rettete die Situation und beantragte, wie schon vorher Herr Hadaschick, die Überweisung an den Fachausschuß (ULG), was dann auch einstimmig angenommen wurde, jedoch nicht ohne daß Herr Pohler die Verwaltung aufforderte, eine kurzfristige Lösung zu prüfen.

Bis zum nächsten Akt erkundigte ich mich bei der Stadt Hilden, wie diese denn die Styroporsammlung betreibt: Interessanterweise ein anderes System, bei dem immer erst 40 Säcke á

Ein Drama in vier Akten mit gutem Ende

1 cbm gesammelt werden müssen, bevor sie abgeholt werden. Dafür kosten diese Säcke aber auch nur DM 7,50 pro Sack.

3. Akt: Am 18.2.92 sollte nun der Bürgerantrag im ULG behandelt werden. Die Vorlage hierzu war trotz des Wunsches von Herrn Pohler im Beschwerdeausschuß immer noch dieselbe. Deshalb sah ich es wiederum als notwendig an, in einem Schreiben an den Vorsitzenden des ULG noch einmal die wichtigsten Vorteile des Bürgerantrages der Verwaltungsvorlage gegenüber zu stellen und die Anlagen des Bürgerantrages beizufügen. Leider konnte ich dieses Schreiben erst drei Tage vor der Sitzung im Rathaus einwerfen, so daß es anscheinend nicht alle Fraktionen rechtzeitig erhalten haben.

Diesmal schien man auch den Antragsteller anhören zu wollen, jedenfalls wollte der stellvertretende Vorsitzende hierzu die Sitzung unterbrechen. Die darauf erfolgte Diskussion dauerte sicherlich länger als eine Anhörung, aber es ja ging ums Prinzip. Herr Schlaich (CDU) halte "die Unterbrechung für nicht erforderlich" und überraschte alle mit der Feststellung "Der Bürger habe die Möglichkeit, seinen Styroporabfall ordnungsgemäß zu entsorgen, da ein ortsansässiger Unternehmer Styropor annehme.". Herr Pohler (SPD) war "der Ansicht, daß den Personen, die sich mit der Materie befaßt haben, Gelegenheit eingeräumt werden solle, vom Ausschuß zu diesem Thema gehört zu werden". Herr Schlaich konnte mehrmals "keinen Handlungsbedarf erkennen". Frau Lerch (GAL) dagegen konnte "keinen Grund erkennen, die Sammelstelle nicht einzurichten". Herr Dr. Obermeier (FDP) beantragt Vertagung, da ihm mein letztes Schreiben nicht vorliegt. Mit 8-Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen wird der Bürgerantrag auf die nächste Sitzung vertagt.

4. Akt: In der Vorlage zur ULG-Sitzung am 24.3.92 erscheint wieder mein Bürgerantrag,

immerhin ergänzt durch den Satz "Die Haaner Bürger hatten die Möglichkeit, Styropor bei der Firma Hagemann kostenpflichtig zu entsorgen" sowie den Protokollauszug des Beschwerdeausschusses. Interessant, daß die Verwaltung erst von einer Partei auf die Styropor-Entsorgungsmöglichkeit hingewiesen werden mußte.

Auch diesmal wieder längeres Hin und Her. Durch die Aussage des Stadtdirektors "Man könnte über eine Übergangslösung reden, da über das Duale System vor Ende des Jahres nichts kommt." wird Herr Schusky (SPD) zu dem Antrag inspiriert: "Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Firma Hagemann einen Vertrag abzuschließen, damit Privatpersonen kostenlos Kleinmengen an Styropor abgeben können.". Dieser Antrag wird mit den Stimmen von SPD, FDP und GAL gegen die Stimmen der CDU angenommen, über deren Alternativantrag auf kostenpflichtige Annahme daraufhin nicht mehr abgestimmt wird.

Nachspiel: Der Presse konnte man entnehmen, daß die Haaner Bürger jetzt Styropor bei Hagemann kostenlos abgeben können.

Trotzdem bleibt ein schlechter Nachgeschmack. Neun Monate zwischen Antragstellung und entgeltigen Beschluß. Wieviel Styropor hätte in dieser Zeit -und bei rechtzeitiger Aktivität der Verwaltung schon vorher- gesammelt werden können? Geht man von den von Herrn Mönikes im Beschwerdeausschuß genannten mehreren 1000 DM jährlich aus, dann wären das in den neun Monaten mehrere 100 cbm Styropor. Auch scheint es zum Verfahren bei Bürgeranträgen zu gehören, daß der Antragsteller, sofern er nicht -wie in diesem Fall- bei den Sitzungen anwesend ist, erst aus der Presse über das Ergebnis der Beratungen hört. Das Versprechen der Stadtverwaltung: "Über das Ergebnis der Beratungen des Beschwerdeausschusses werde ich Sie anschließend informieren." wurde bis heute nicht eingelöst..

Eingabe zum Verkehrsverbund

(az/wz) Mit folgendem Schreiben an die Direktion Halle der Deutschen Reichsbahn regte die AG Verkehr der AGNUL Verbesserungen im Verkehrsverbund Schiene/Straße an:

1. Im Rahmen der Planung einer künftigen attraktiven und rationellen Gestaltung des Nahverkehrs in der Region Halle - Merseburg wird von uns die Einrichtung eines "S-Bahn - Ringes Halle Süd" vorgeschlagen. Hierbei wird davon ausgegangen, daß

- die Erhaltung, die Ergänzung und der Ausbau der schon vorhandenen Teilstrecken:
Bad Lauchstädt - Merseburg (604)
Halle - Merseburg (600)
Halle/Hbf. - Halle-Neustadt (601)
günstige Voraussetzungen bieten und der Verkehrsbedarf künftig steigt und von der Bahn am besten gedeckt werden kann.

2. Zur Einschätzung der Teilstrecken:

- Halle/Hbf. - Merseburg (13,5 Km) elektrifizierte Strecke
- Merseburg - Bad Lauchstädt (10,5 Km) vorhandene Strecke
- Bad Lauchstädt - Delitz bis Umspannwerk als Industrieanschluß (Teil der alten "Schlettau-Bahn" (2 Km) vorhanden
- Delitz/Umspannwerk bis ehemalige Einfädlung bei Holleben (ca. 2 Km) jetzt Anschlußgleis Zementumschlagstelle als Bahnkörper erhalten
- Holleben - Halle-Neustadt als Schnellbahn nach Buna und Leuna elektrifiziert vorhanden
- Anbindung an Angersdorf/Schlettau in die S-Bahn nach Halle Hbf. ("Vorzugsvariante") oder bis Halle-Neustadt (Kellerbahnhof) mit Wendebetrieb nach Halle HBF.

Damit wäre der S-Bahn - Ring Halle Süd geschlossen.

3. Entsprechend dem wechselnden Transportbedarf im Laufe des Tages wären für die Pendler im Berufs- und Schülerverkehr moder-

ne und u.U. Doppelstockzüge einzusetzen. In den verkehrsschwächeren Zeiten wären u.E. Schienenbusse bzw. Kurzzüge in halbstündlichem Takt in den zwei Richtungen einzurichten.

Eine vollständige Elektrifizierung der bereits zum größten Teil elektrifizierten Strecke wäre eine Forderung.

Im Flächennutzungsplan der Region Halle/Merseburg/Leipzig würde mit der vorgeschlagenen Verkehrserschließung eine weitsichtige und umweltfreundliche Lösung geschaffen. Es wird erwartet, daß auch unter Nutzung bereits vorhandener Verkehrswege bessere Möglichkeiten für den Nahverkehr, d.h. für den Personen- und Güterverkehr geschaffen werden würden.

4. Die Bahnstationen müßten nach dem Standard der S-Bahn Berlin ausgestattet werden mit Restaurationen, mit P+R Plätzen für Pkw, für Radfahrer und für einen Buszubringerdienst sowie Taxibetrieb für die Fahrgäste aus den umliegenden Ortschaften.

5. Mit der vorgeschlagenen Lösung wäre verbunden:

- eine Entlastung der Straßen,
- die Vermeidung des Baus von neuen Straßen, wie sie im Verkehrskonzept vom Februar 1992 unter einseitiger Ausrichtung auf den umweltbelastenden Straßenverkehr vorge-sehen sind,
- stattdessen wird der Ausbau des vorhandenen Straßennetzes durch neue Straßen-decken, teilweise Verbreiterung als ausreichend erachtet. In diesem Zusammenhang sollte für die Kreisstraßen generell die Einrichtung von Alleen, bzw. die einseitige Pflanzung von Linden, Ahorn und anderen geeigneten Baumarten in die Planung aufgenommen werden, um die Industrielandschaft freundlicher zu gestalten.
- beträchtliche Kosteneinsparungen durch

Schiene / Straße Bad Lauchstädt

Nutzung der bereits vorhandenen Schienen- und Straßenverbindungen,

- soziale und menschenfreundlichere Gestaltung des Personentransportes für Mütter mit Kindern und ältere Bürger und Kinder ohne eigenes Auto,
- umweltschonender Transport durch elektrisch angetriebene Verkehrsmittel statt Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren,
- Senkung der Unfallzahlen.

6. Die Fahrpreisgestaltung der Bahn muß künftig die Attraktivität der S-Bahn und damit eine bessere Leistung herstellen. Die z.Zt. herrschende Tendenz der ständigen Erhöhung der Tarife bei den öffentlichen Verkehrsmitteln muß umgekehrt werden, um die Möglichkeiten eines sinnvollen Verkehrsverbundes zu verwirklichen.

7. Die von den Politikern des Bundes, der Länder und der Kreise vorgesehenen Maßnahmen für ein Aufblühen der Region sollten in ein Gesamtkonzept unter Einbeziehung der Ideen und Hinweise aller interessierten Bürger mehr als eine öffentliche Angelegenheit behandelt werden, um dadurch die Akzeptanz der endgültigen Lösungen zu erhöhen. Ein Ziel, welches nur im Zusammenwirken aller beteiligten Kräfte erreicht werden kann, ist die Reduzierung der Belastung in den Innenstädten von Halle und Merseburg durch den Autoverkehr.

8. Die Vorplanung für Bad Lauchstädt sieht die Herausbildung des Ortes als Naherholungs- und Kulturzentrum sowie als Wohnvorort für Halle ohne Industrie und überdimensionierte Handelszentren vor. Für das entstehende Gewerbegebiet sollten deshalb auch günstigere Varianten mit Bahnanschluß und neuen Güterumschlagmöglichkeiten (Container) entstehen.

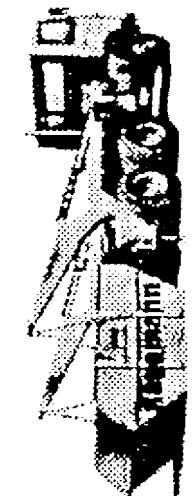
Wir lernen unsere Grenzen kennen

(fw) Unter diesem Motto werden wir in diesem Sommer einmal rund um Haan wandern. Dazu treffen wir uns alle vierzehn Tage jeweils Sonntags um 14.30 Uhr an wechselnden Treffpunkten, um von dort in ca. zwei Stunden ein Teilstück dieser Strecke zurückzulegen und dabei möglichst viel Interessantes am Wegesrand kennenzulernen.

Sachkundige Führung wird uns auf alles Wissenswerte in Landschaft und Botanik hinweisen, dabei aber auch nicht die Natur- und Umweltprobleme der jeweiligen Gebiete außer acht lassen. Die Teilnahme ist, wie bei allen AGNU-Veranstaltungen kostenlos. Gäste sind herzlich willkommen.

Bitte entnehmen Sie Treffpunkte und -zeiten der Tagespresse oder sprechen Sie Beate Wolfermann (☎ 29 81) an.

HEINRICH HAGEMANN



Müll- und Schuttcontainer für Gewerbemüll von 4-40 cbm
„HAUS- UND GARTENABFÄLLE - BAUSCHUTT“

Wir liefern Sand, Kies, Asche und Dolomitgemisch
für den Unterbau, für Wege und Plätze.

5657 HAAN - ☎ 0 21 29 / 21 20 + 5 43 96

Die(un)heimlichen Verbraucher

(fw) Haben Sie schon einmal überprüft, wieviel Strom Sie selbst dann verbrauchen, wenn Sie nicht da, z.B. verreist sind? Nein, dann tun Sie das doch einfach einmal, wenn Sie das nächste Mal Urlaub machen. Sie werden sich wundern, was von den heimlichen Stromverbraucher verbraucht wird. Diese werden immer mehr. Und über deren Existenz machen wir uns meist keine Gedanken.

Zu den bekanntesten gehört der sogenannte Stand-by-Betrieb des Fernsehers oder des Radios. Im Schnitt verbraucht ein **Fernseher** nur hierfür ca. 80 kWh pro Jahr (immerhin über DM 20,-). Selbst das sparsamste Gerät benötigt immer noch über 30 kWh/Jahr. Also: Gerät für **längere Sehpausen ganz ausschalten**. Dies schadet nicht dem Fernseher - entgegen oftmals gehörter Argumente der Fachhändler.

In die gleiche Kategorie fallen übrigens alle **Videorekorder**. Verbrauch ca. 40 kWh/Jahr. Unser Tip: **Ausschalten, wenn Sie ihn nicht brauchen**. Sicherlich ist es lästig, u.U. danach die Zeit wieder neu programmieren zu müssen. Die Kanaleinstellungen halten sich i.a. auch über längere Ausschaltzeiten.

Apropos Zeit: Wieviele **elektrische Uhren** und **Radiowecker** befinden sich in Ihrem Haushalt? Auch diese gehören in die Klasse der heimlichen Verbraucher, denn deren Netztransformator benötigt ununterbrochen Strom. Hier können wir Ihnen nur raten: **Überprüfen Sie, ob Sie wirklich überall diese Geräte benötigen**. Manchmal tut es auch eine mechanische Uhr! Immerhin braucht eine elektrische Uhr 5 W, das sind 40 kWh/Jahr.

Überhaupt sollten Sie alle Geräte, die nicht mit 220 Volt betrieben werden, kritischer unter die Lupe nehmen. Denn allen diesen ist ein Transformator zum Spannungsreduzierung gemeinsam. Dies gilt insbesondere auch für die modernen **Halogenleuchten**. Bei diesen Gerä-

ten sollten Sie darauf achten, daß sich der **Ausschalter vor dem Transformator** befindet. Sonst schalten Sie zwar die Leuchte, nicht aber den Transformator (ca. 5 W) aus.

Das gleiche gilt auch für alle anderen Geräte, deren **Netztrafo** direkt in die Steckdose gesteckt wird, z.B. wenn Sie Ihren Taschenrechner über ein Netzgerät betreiben. **Ziehen Sie den Trafo aus der Steckdose**, wenn Sie das angeschlossene Gerät nicht benötigen.

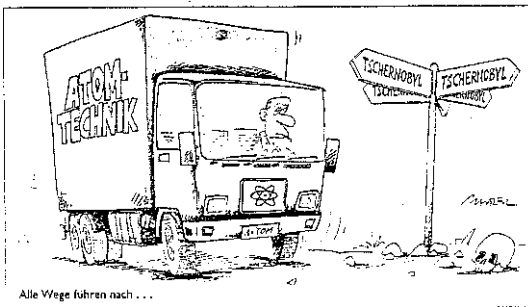
Und dann gibt es noch Geräte, auf die man wenig oder gar keinen Einfluß hat, wie z.B. der Klingeltrafo, die Umwälzpumpe der Heizung oder die Warmwasserzirkulationspumpe. Den **Klingeltrafo** kann man nur vermeiden, wenn man eine mechanische Klingel installiert. Bei der **Heizungspumpe** reicht es i.a., sie in der niedrigsten Stufe laufen zu lassen. Die **Warmwasserzirkulation** kann evtl. ganz wegfallen. Brauchen Sie wirklich immer sofort warmes Wasser? Falls ja, schalten Sie die Pumpe über eine (mechanische) Schaltuhr in den Zeiten aus, in denen kein Warmwasserbedarf besteht. Oder lassen Sie sie nur ein- bis zweimal pro Stunde kurz laufen. Oder schalten Sie sie über einen Thermofühler nur dann an, wenn das Wasser in der Leitung abkühlt. In jedem Fall aber sollten Sie Ihre Warmwasserleitung bestens isolieren.

Übrigens, ist der Bedarf Ihrer versteckten Verbraucher 40 Watt (das brauchen z.B. der Klingeltransformator, Radiowecker, Fernseher im Stand-by, Videorekorder, Radio, Taschenrechner und ein Akkulader zusammen), dann sind das immerhin schon 350 kWh pro Jahr, also über DM 80,-. Oder anders gerechnet: Bei 25 Millionen Haushalten in Deutschland mit je 40 Watt heimlichen Verbrauchern werden 1.000 MW Kraftwerksleistung benötigt, d.h. wenn wir alle darauf verzichten würden, könnten wir z.B. das Atomkraftwerk Biblis ausschalten. Auch aus diesem Grund sollte man besser von **unheimlichen Verbrauchern** reden.

Stichwort: Atomkraft

(smk) Wolf Häfele, Pionier der Kernkraftnutzung in der Bundesrepublik und langjähriger Vorsitzender der Kernforschungsanlage Jülich, brachte es 1989 in einem Beitrag für die Atomwirtschaft über die "Akzeptanz-Diskussion" auf den Punkt: "Die Tschernobyl-Katastrophe war wohl vor allem deswegen eine Katastrophe, weil sie ganz faktisch stattgefunden hat, und das heißt, daß Hypothetisches zu einem konkreten Zeitpunkt, 1986, faktisch geworden ist." (Aus DIE ZEIT Nr. 15 - 3.4.92)

Tja, auch wir können H. Häfele nicht helfen. Alle Theorie ist grau und wenn man ein Restrisiko hinnimmt, dann kann dieses Restrisiko auch schon mal zu früh eintreten. Abgesehen davon zeigt DIE ZEIT in diesem Artikel die unglaublichen Gefahren, die vor allem aus den Atommeilern im Ostblock drohen, aber wir Wessis sollten da nicht die großen Schlaumeier sein! Laßt uns dankbar sein, daß unsere Biester bislang relativ dicht waren und setzen wir uns für ein baldiges Ende der Atomkraft ein! Zur Zeit ist das Thema nicht mehr so in, dennoch sollten wir weiter darüber reden!



Alle Wege führen nach ...

Aus Westdeutsche Zeitung 25.3.92

Was war sonst noch?

(fw) In dieser ständigen Rubrik berichten wir über die Aktionen des vergangenen Quartals, um einerseits die AGNU-Arbeit und die des Vorstandes transparenter zu machen, und andererseits auf diese Art vielleicht weitere Mitglieder zur aktiven Mitarbeit zu ermuntern.

Bürgeranträge

Die Ratsmehrheit hat der AGNU die Mitwirkung in den Ausschüssen Planung, Verkehr und ULG verwehrt. Deshalb haben wir, wie alle anderen BürgerInnen auch, nur die Möglichkeit, unsere Forderungen über Bürgeranträge zu Gehör zu bringen.

Über unsere im vergangenen Jahr gestellten Anträge wurde in der Sitzung des Beschwerdeausschusses am 30.1.1992 entschieden:

- * Über den Antrag für getrennte Sammlung von Styropor s. gesonderten Artikel
- * Der Bürgerantrag über die Behandlung von Bürgeranträgen (eingereicht am 22.6.91) wurde erst gar nicht auf die Tagesordnung des Beschwerdeausschusses genommen, da er durch die neue Hauptsatzung überholt sei.
- * Unser Antrag zur Änderung der Entwässerungssatzung nach dem Vorbild der Stadt Sonthofen (3.7.91 eingereicht) wurde mit der Empfehlung, ihn mittelfristig aufzugreifen an den ULG weitergegeben (s. Bericht über ULG)

Es wurden neu Anträge gestellt, die in der Sitzung am 28.4.92 beraten werden:

- * Beitritt zum Klimabündnis
- * Verzicht von PVC bei Neuanschaffungen
- * Änderung der Hauptsatzung, um bei der Behandlung von Bürgeranträgen dem Anliegen der Bürger gerecht zu werden

Was war sonst noch?

Schreiben

In Schreiben an unterschiedliche Stellen haben wir auf Mißstände in Haan aufmerksam gemacht oder Anregungen gegeben:

- * Anzeige an die Staatsanwaltschaft wegen starker Salzeinleitungen in die Gruitener Kläranlage.
- * Die Untere Landschaftbehörde wird auf einen ohne Erlaubnis des Eigentümers gezogenen Entwässerungsgraben unterhalb des Klärwerks Gruiton hingewiesen.
- * Anregung an die Stadt als offener Brief, den Fußgängern an der Kaiserstraße zwischen Jaubank und Deutscher Bank Vorrang vor den Autos zu geben, bzw. die dortige Ampelregelung abzuschaffen. Inzwischen - leider nicht ganz in unserem Sinn - gelöst (Autos müssen Grün anfordern).
- * Beschwerde bei der Stadt wegen Kahlschlag-Freischnittaktion des Bauhofes. Stadtdirektor Schultz gelobt Besserung.
- * Anfragen wegen des geplanten RÜB am Gymnasium
- * Bitte an die Stadt um Überlassung des Verkehrs- und des Energiegutachtens.
- * Die CDU hat inzwischen einen Gesprächstermin angeregt.
- * Auf zwei Seiten werden die Aktionen der AGNU bezüglich Abfallvermeidung / Abfallreduzierung aufgelistet und die AGNU für den diesjährigen Umweltpreis vorgeschlagen.
- * Massive Beschwerde bei der Stadt über den BRW mit der Bitte die gestellten Fragen im nächsten ULG zu behandeln.
- * Anregung an die Stadt als offener Brief, 3,6 Millionen DM für die Sanierung der Tiefgarage Schillerstraße zu sparen und statt dessen das Dach offen zu lassen. Die Stadt lehnt aus statischen Gründen ab und glaubt an eine Beeinträchtigung der Nachbarn.

- * Anregung an den Kreis, im Bereich Dieker-/Flurstraße/Amselweg einen Kreisverkehr einzurichten.
- * Beschwerde über die vorgesehene Pflasterverfügung in der Friedrichstraße als offener Brief

§29-Stellungnahmen

Zwar nicht die AGNU selbst, aber die darin zusammenarbeitenden Verbände BUND, DBV und RBN sind nach §29 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) anerkannte Verbände, die vor bestimmten Maßnahmen gehört werden müssen. Wir gaben folgende Stellungnahme ab:

- * Gegenüber dem Kreis Mettmann bezüglich des HRB Sandbach.

Pressemitteilungen

Pressemitteilungen werden in meist sechsfacher Ausfertigung beim Rathaus abgegeben, wo sie dann in die dort stehenden Pressekörbe verteilt werden. Im allgemeinen ist die Resonanz in der Presse gut, d.h. unsere Mitteilungen werden abgedruckt.

- * (s.a. unter Schreiben)
- * Auf unsere Veranstaltungen weisen wir in Pressemitteilungen hin.
- * Interview des Haaner Treff mit Sven Kübler
- * Div. Mitteilungen wg. Krötenaktion
- * Hinweis auf Geschirrverleih
- * Stellungnahme zum Verkehrsgutachten

Info-Stände/Sonstiges

- * Reinigungsaktion der Bachtäler am 21.3.92 zusammen mit dem Hegering
- * Krötenaktion s. gesonderten Bericht.

Monatstreffen

- * Im Februar Start der Krötenaktion mit einem Diavortrag von Andreas Förster.
- * Im April Vorstellung des Haaner Abfallberaters Hr. Hasselberg

Herausgeber:

AGNU Haan
Postfach 15 05
W-5657 Haan

AGNUL
Schillerstraße 49
O-4204 Bad Lauchstädt

Redaktion:

Sven M. Kübler (smk)
Frank Wolfermann (fw)
Walter Zehler (wz)

Auflage: 1.000**Einzelpreis:** DM 2,00**Abonnement:** DM 10,00/Jahr
(4 Ausgaben frei Haus)**Mitarbeit:**

Renate Dorn (rd)
Andreas Förster (af)

Volker Hasenfuß (vh)
Heidi Linke (hl)

Uta Zehler (uz)

Aphorismen - Worte finden für das, was uns die Sprache verschlägt. *(Wir danken Herrn Jürgen Wilbert für die in diesem Kiebitz abgedruckten Aphorismen)*

Mit vollen Namen gekennzeichnete Artikel können durchaus die Meinung der Redaktion wiedergeben, müssen es aber nicht. Nachdruck ist, mit Angabe der Herkunft, ausdrücklich erwünscht (Belegexemplar erbeten)! Der Kiebitz erscheint viermal jährlich im Januar, April, Juli und Oktober. Redaktionsschluß ist jeweils drei Wochen vorher.



Absender:

Vorname und Name

Straße und Hausnummer

Postleitzahl und Ort

Bitte informieren Sie mich über Ihre Arbeit und schicken Sie mir den "Kiebitz" (Jahresabonnement DM 10,-) regelmäßig zu.

AGNU Haan
Postfach 1505

5657 Haan

Datum und Unterschrift

